Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Botreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 99 — Freitag, den 9. Mai 1919. — 45. Jahrg.

Die Friedensverhandlungen in Versailles.

Die Friedensbedingungen.

Über den

Inhalt des Friedensvertrages

wird nach Angabe englischer Blätter folgende Zusammenfassung veröffentlicht:

Deutschland darf zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensschlusses nur noch 100 000 Mann Soldaten, davon 30 000 Mann Kavallerie, 4000 Offiziere besitzen. Es wird Deutschland nur die freiwillige Dienstnahme zugestanden. Auch die deutschen Rüstungen sollen aufs äußerste beschränkt werden. Alle Verstärkungen und Befestigungen 50 englische Meilen östlich des Rheins müssen geschleift werden.

Die deutsche Flotte darf nur aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedobootszerstörern und 12 Torpedobooten bestehen. Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedens dürfen die deutschen Seestreitkräfte keine U-Boote mehr enthalten. Alle anderen Kriegsschiffe müssen in Reserve gestellt oder zu Handelsschiffen umgewandelt werden. Die Flottenbesatzung darf höchstens 15 000 Mann betragen. Darunter befinden sich 1500 Offiziere und Deckoffiziere. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Hafen muß für Handelsschiffe derjenigen Staaten, die mit Deutschland im Frieden leben, mit absoluter Gleichheit offenstehen.

Die Luftstreitkräfte Deutschlands sollen zunächst auf höchstens 100 Wasserflugzeuge beschränkt werden. Diese dürfen bis zum 1. Oktober zum Aufsuchen von Minen gehalten werden; danach darf Deutschland keine militärischen und maritimen Luftstreitkräfte mehr besitzen und keine Flugzeuglager innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometer von der deutschen Grenze unterhalten. Die bestehenden Flugplätze innerhalb dieser Zone müssen abgebrochen und der Boden umgepflügt werden.

In Schleswig wird ein Referendum abgehalten werden über den Anschluß an Deutschland oder Dänemark.

In der Frage der deutschen Kolonien wird von Deutschland gefordert, daß es zugunsten der fünf Alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden Kraft des Mandats des Völkerbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden.

Deutschland verzichtet betreffs Marokko auf alle Rechte und Privilegien, die aus der Algeciraskakte von 1906 und aus dem französisch-deutschen Verträgen von 1909 und 1911 sich ergeben. Alle Abmachungen zwischen Deutschland und dem Reiche des Scherifs werden für ungültig erklärt.

Die 15 deutschen Übersee-Kabel müssen zur Verfügung der Verbündeten gestellt werden.

Die Verbündeten klagen den früheren deutschen Kaiser keines Verstoßes gegen die Strafgesetze an, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moralität und der Heiligkeit von Verträgen.

Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um darüber das Urteil zu fällen.

Die übrigen anzuklagenden Personen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Wie Reuter meldet, enthält der Vorfriedensvertrag auch eine Klausel, durch die Deutschland verpflichtet wird, die Selbständigkeit Deutsch-Österreichs anzuerkennen.

Die wichtigsten Gebietsabtretnungen.

Die territorialen Bestimmungen des Friedensentwurfs enthalten außer dem dauernden Verzicht auf Elsaß-Lothringen einen 15jährigen Verzicht auf Kehl und den Verzicht auf alle Rheinbrücken bis zum rechten Tex, ferner den Verzicht auf das Saarbecken einschließlich erheblicher Teile der bayerischen Pfalz auf 15 Jahre mit endgültigem Verlust der Gebietshoheit, wenn die Saarbergwerke nach Ablauf der Frist nicht in Gold zurückgekauft werden oder das Plebiszit für Frankreich entscheidet, sodann den Verzicht auf Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet sowie die Kreise Eupen und Malmedy an Belgien, ferner den Verzicht auf Oberschlesien, Posen mit Lissa, Birnbaum und Schneidemühl, auf Westpreußen mit Thorn, Graudenz und einem breiten Streifen bis zur Ostsee von westlich Elbing bis westlich der Putziger Nehrung einschließlich Neustadt und Danzig zugunsten Polens, endlich eine Abstimmung in Nord- und Mittelschleswig nach drei Zonen. Nordschleswig soll im ganzen, die beiden südlichen Zonen sollen nach Gemeinden mit einfacher Mehrheit abstimmen.

Das Meiste von dem, was der Auszug aus den Friedensbedingungen uns kundtut, ist uns nicht mehr neu, aber er bringt doch auch noch einiges, worauf wir selbst nach den tollen Ankündigungen der Pariser Presse nicht gefaßt zu sein brauchten. Unter Teilnahme und also doch auch unter Duldung und mindestens vorläufiger Gutheißung des Präsidenten Wilson als des Apostels eines Rechts- und Versöhnungsfriedens hat es die Pariser Konferenz verstanden, auch die schlimmsten Erwartungen der Schwarzseher in vielen Punkten noch zu übertreffen. Es ist im Augenblicke unmöglich und auch kaum zweckmäßig, auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen. Aber das eine soll und muß schon jetzt ausgesprochen werden: diese Bedingungen sind unter gar keinen Umständen annehmbar. Ein Deutschland, das sie unterzeichnete, würde nicht nur sich selbst den Strick um den Hals legen, sondern auch die Ideale verraten, auf die es sich durch die Annahme des Wilsonschen Programms im vorigen Herbst feierlich verpflichtet hat, und die Wilson selbst in so unbegreiflicher Weise preisgeben zu wollen scheint.

Die finanziellen Bedingungen.

Wie ein Sonderberichterstatter aus amerikanischer Quelle erfährt, lauten die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages wie folgt:

1. Die alliierten und assoziierten Regierungen bekräftigen, daß die feindlichen Staaten die Verantwortung für alle Schäden und Verluste übernehmen, die durch den Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen und Staatsangehörigen verursacht wurden, durch den Krieg, der infolge des Angriffs des Feindes aufgezwungen wurde.

2. Die alliierten und assoziierten Regierungen anerkennen, daß die finanziellen Hilfsquellen der feindlichen Staaten nicht genügen, um alle Verluste und alle Schäden in vollem Umfange wieder gut zu machen. Die alliierten und assoziierten Regierungen fordern nichtsdestoweniger die deutsche Regierung, die die Verpflichtung dafür einging, auf alle Schäden zu kompensieren, die der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Staaten an deren Gütern durch den Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft verursacht wurde.

3. Die Höhe der Schäden, die wieder gut gemacht werden sollen, wird durch eine interalliierte Kommission festgesetzt werden. Diese Kommission wird in einer Weise gebildet werden, die die alliierten und assoziierten Regierungen später festlegen werden. Diese Kommission wird die Forderungen prüfen und den feindlichen Staaten Gelegenheit geben, angehört zu werden. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission für die Festsetzung über die Höhe der Schäden wird den feindlichen Staaten am 1. Mai 1921 oder vorher notifiziert werden. Dieser Betrag wird den Umfang ihrer Verpflichtungen darstellen. Die Kommission wird zu gleicher Zeit eine Tabelle aufstellen über die Bezahlung der ganzen Schuld innerhalb einer Frist von 30 Jahren, vom 1. Mai 1921 ab gerechnet. Im Falle, daß während dieser Zeit die feindlichen Staaten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, wird die verbleibende, noch zu bezahlende Summe nach den 30 Jahren in einer Weise bezahlt werden können, die die alliierten und assoziierten Regierungen bestimmen werden.

4. Die interalliierte Kommission wird periodisch die Hilfsquellen Deutschlands überprüfen. Nachdem sie seinen Vertretern eine gerechte Gelegenheit, angehört zu werden, gegeben haben wird, wird sie die Vollmacht besitzen, ihnen Frist zu gewähren, die Zahlungsform zu ändern. Sie wird jedoch in keinem Falle eine Herabsetzung der Höhe der Schuld gewähren können, ausgenommen mit der ausdrücklichen Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen.

5. Um den alliierten und assoziierten Regierungen zu ermöglichen, unverzüglich zum Wiederaufbau ihrer Industrie und zur Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens zu schreiten, wird Deutschland (entweder in Gold oder durch Rohstoffe, Schiffe oder Werte, die von der interalliierten Kommission bestimmt werden) im Jahre 1919 und 1920 5 Milliarden Dollar bezahlen. Die Ausgaben für die Besatzungsarmeen, unmittelbar vom Waffenstillstand ab gerechnet, werden vor allem bezahlt werden müssen.

6. Die zur Erfüllung genannter Forderungen bestimmten und nacheinander erfolgenden Bezahlungen sollen unter die alliierten und assoziierten Regierungen in einem Verhältnis verteilt werden, die für Deutschland im voraus oder auf Grund der allgemeinen Billigkeit und der Ansprüche jedes Einzelnen festgestellt werden.

7. Die oben erwähnte Bezahlung schließt die Rückerstattung in natura derjenigen Objekte nicht aus, die gestohlen, beschlagnahmt oder zerstört wurden. Sie umfaßt ebenfalls nicht die Rückerstattung in natura der Papiere und Gegenstände, die nach Deutschland weggeführt wurden und deren Identität hier bewiesen werden kann.

8. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die in den Artikeln 3, 4 und 5 ausgeführten Zurückerstattungen vorzunehmen.

9. Die deutsche Regierung anerkannt die Vollmacht der in Artikel 3 vorgesehenen Kommission und verpflichtet sich unwiderruflich, sich den Beschlüssen dieser Kommission zu unterwerfen. Die deutsche Regierung wird der besagten Kommission alle Informationen zustellen, die ihr mit Bezug auf die finanzielle Lage des deutschen Staates und der Gemeindeverwaltungen erforderlich sind.

10. Die deutsche Regierung wird den Mitgliedern dieser Kommission und ihren ermächtigten Agenten dieselben Rechte und dieselbe Immunität gewähren, die die in Deutschland akkreditierten Diplomaten und Agenten der befreundeten Mächte genießen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, für die Kosten und Ausgaben dieser Kommission und des Personals, das sie zu verwenden hat, aufzukommen.

Die Ueberreichung der Friedensbedingungen

im Trianon-Palastchtel vollzog sich am Mittwoch ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte:

Die Stunde zur Regelung der durch den Gegner grausam aufgezwungenen Krieg entstandenen Abrechnung ist gekommen. Sie verlangen den Frieden. Wir sind bereit, Ihnen den Frieden zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht werden wird, enthält die Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, um sie zu prüfen. Wir werden aber dafür sorgen, daß auf diesen zweiten Versailler Frieden kein weiterer Krieg folgt.

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt des Friedens bekannt, auf den innerhalb 14 Tagen schriftliche Antwort erteilt werden soll. Sollte von Deutschland schon früher Antwort erfolgen, so werde auch die Entente schleunigst antworten, und binnen einer weiteren Frist die endgültige schriftliche Entscheidung Deutschlands zu erhalten. Bedingungen vom deutschen Gesichtspunkt aus genau zu beantworten und auf diese Weise der Welt zu zeigen, daß wir ehrlich bemüht sind, einen annehmbaren Frieden zu unterzeichnen.

Neueste Nachrichten.

Deutschlands Schicksalsstunde.

Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hatte heute vormittag 11 Uhr eine Sitzung, die heute nachmittag fortgesetzt wird und sich ausschließlich mit dem Friedensentwurf der Entente beschäftigen wird. Es sollen auch die Instruktionen beschlossen werden, welche Graf Brockdorff-Rantzau nach Versailles gesendet werden sollen. Die Stellungnahme zu dem Friedensentwurf soll heute nachmittag noch in einer Sitzung des Friedensausschusses bekannt gegeben werden. Ministerpräsident Scheidemann wird in einer großen Rede ausführlich den Standpunkt der Regierung und die Haltung, die die deutsche Delegation in Versailles einnehmen wird, begründen.

Das Mitglied des Redaktionsausschusses in Versailles, der Redakteur Paul Lothringer der „N. Berl. Ztg." hatte gestern abend noch Gelegenheit, Graf Brockdorff-Rantzau, Landsberg, Schücking und Giesberts zu sprechen.

Es äußerte sich Landsberg sehr deprimiert: „Die grausamsten Ankündigungen der Presse sind noch übertroffen. Von mündlichen Besprechungen ist jetzt keine Rede mehr. Nachdem wir unsere Einwendungen schriftlich abgegeben werden, wird schließlich nichts übrig bleiben, als „Ja" oder „Nein" zu sagen."

Professor Schücking: Frankreich besteht darauf, Deutschland zu erniedrigen. Der Entwurf ist einfach furchtbar.

Graf Brockdorff-Rantzau: Wie die Dinge jetzt liegen, kann noch kein Wort gesagt werden.

Giesberts: Die Bedingungen annehmen heißt, das deutsche Volk der Entente restlos auszuliefern. Es läuft auch nicht anders hinaus, die Regierung zum Sklavenhalter der deutschen Arbeiterschaft im Dienste des internationalen Kapitalismus zu machen. Dazu geben wir uns nicht her, dazu ist auch der deutsche Arbeiter nicht zu haben. In dieser Lage gibt es kaum einen Ausweg: Der Friedensschluß mit Rußland und die sinngemäße Anwendung der bolschewistischen Prinzipien für Deutschland. Die Erneuerung darf nicht von unten kommen, sondern von oben geschehen.

Dr. Lothringer schreibt hierzu noch: In ähnlichem Sinne äußern sich auch die übrigen Delegierten. Die Ansicht geht dahin, daß der Vertrag nicht angenommen werden kann. Dennoch sei es richtig, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern nach der vorgeschriebenen Pflicht schon aus prinzipiellen Gründen die einzelnen

Graf Brockdorff-Rantzau

verlas dann eine längere Erklärung in deutscher Sprache:

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauerhaften Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über

den Umfang unserer Niederlage

und den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegen tritt und wir haben die leidenschaftlichen Forderungen gehört. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen sollen. Ein

solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge.

Wir sind frei davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung bei den Haager Friedenskonferenz-Verhandlungen und Interessenlagen in den tragischen Julitagen möge zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unglück seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der

Thronfolger von Österreich den Mörderhänden zum Opfer fiel.

In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zur Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkriege ihre Krisis erreichte. Die

russische Mobilmachung

nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Vermittelung und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalten. Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hält wieder von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, geianes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verleugnen und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärungen, die wir bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgaben und sagen: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen. Aber auch in der Art der Kriegsführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen nicht rühmen können. Ich will

nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern.

Aber wenn man

gerade von uns Buße verlangt,

so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Monate dauerte es bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschahen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die des Gewissen der Völker stumpf macht. Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zu Grunde gingen wurden

mit glatter Überlegenheit getötet,

nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur in einer unparteiischen Untersuchung festgestellt, in einer neutralen Kommission, vor der alle Hauptzeugen der Tragödie zu Worte kommen, in der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben

uns einen Bundesgenossen zugeführt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190509-18/fragment/page=0001

Das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die

Grundsätze des Präsidenten Wilson

sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns und auch für unsere früheren Bundesgenossen bindend geworden. Die eisernen Grundsätze fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihnen. Keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf diesen Grundlagen den Vorfrieden, den sie uns auferlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien wieder gut zu machen und den Weg des sozialen Fortschritts zu beschreiten. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen sollten wir möglichst bald die einzelnen Aufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von ihnen vorgelegten Entwurfes erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die Menschenkräfte der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben und Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten.

Als nächstes Ziel

betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen Gebiete und der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtungen hierfür haben wir übernommen, und wir sind fest entschlossen, das in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart worden ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk

nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden:

Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolge und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Dieser Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter

durch deutsche Kriegsgefangene

besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig. Aber sie könnte der Welt teuer zu stehen kommen, wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ergreifen würden, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron schmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzu lang verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen.

Ein Zusammenbruch

würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben und eine unheilbare Verwirrung in ganz Europa nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unübersehbaren Folgen müssen Sieger und Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rücksichtslose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Vereinigung der Völker zu einem

freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch einen Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheit herbei zu führen, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen, wenn die Tore zum Völkerbund allen Nationen geöffnet sind. Nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts verteidigt werden kann, würde

immer neue Widerstände gegen sich aufrufen.

Niemand wäre in der Lage, ihn mit guten Gewissen zu unterzeichnen. Niemand könnte für seine Durchführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen unterzeichnet werden kann.

Der Standpunkt der Regierung.

Über den voraussichtlichen Standpunkt der Regierung gegenüber den vorliegenden Auszügen aus dem Friedensvertrag wird folgendes gemeldet:

Der Auszug des Friedensvertrages, wie er bisher in Deutschland vorliegt, gründet sich im allgemeinen auf Mitteilungen der feindlichen Presse. Er wird selbstverständlich in allen diesen Auszügen im großen und ganzen auch tatsächlich dem allgemeinen Inhalt und dem Wortlaut des Friedensvertrages entsprechen. Die Regierung steht nun auf dem Standpunkt, jeden Punkt, der auf eine Vergewaltigung Deutschlands hinausgeht, ablehnen zu müssen. So wird man auch zum Beispiel den Standpunkt der Entente in der Danziger Frage so wie in der Frage des Saargebietes ablehnen. Die deutschen Bevollmächtigten in Versailles werden bemüht sein, über die von ihnen unannehmbaren Forderungen Verhandlungen herbeizuführen, um so zu einem Ausweg zu gelangen.

Der Raub der deutschen Handelsflotte.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß gemäß den finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages der gesamte bestehende oder potentielle Reichtum Deutschlands den Alliierten als Entschädigung verpfändet wird. Jedes deutsche Schiff über 1600 Tonnen wird beschlagnahmt, die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 2000 Tonnen und ein Viertel der deutschen Fischereiflotte müssen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden. Die deutschen Schiffswerften müssen zum Nutzen der Alliierten arbeiten.

Orlandos Sieg.

Orlando und Sonnino trafen Mittwoch vormittag in Paris ein. Nach einem Telegramm des „Berner Tagblatts“ hat Wilson in der italienischen Frage kapituliert. Nach einem am Sonntag stattgefundenen telephonischen Gespräch zwischen Clemenceau und Orlando, der auf seinen Forderungen beharrte, konnte Clemenceau das Einverständnis Wilsons zu folgender Erklärung abgeben: Fiume, Zara, Sebenico und Spalato werden Italien abgetreten. Fiume soll von Italien verwaltet werden. Italienischerseits wurde als einzige Kompensation zugestanden, daß Triest und Fiume zu Freihäfen gemacht werden.

Fochs militärische Vollmachten.

Die „Times“ meldet aus Paris: Die Alliiertenkonferenz am Montag erteilte Foch alle militärischen Vollmachten für den Fall, daß Deutschland die Friedensbedingungen ablehnen sollte.

Foch möchte den Friedensvertrag nicht unterzeichnen.

Paris, 7. Mai. In der gestrigen geheimen Vollsitzung der Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vereiniger Mächte Anmerkungen zum Friedensvertrag. Doch wurden keine Vorbehalte erhoben. Foch hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Frankreich gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei. Nach seiner persönlichen Überzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Brückenköpfe am Rheine behalten.

Belgien verhindert Lebensmittelzufuhren.

Haag, 7. Mai. 2000 Tonnen Speck, die in das rheinische Industriegebiet eingeführt werden sollten, sind von den belgischen Behörden in Emmrich festgehalten worden, trotzdem für den Transport die Erlaubnis der Haager Vertretung des Obersten Wirtschaftsrates vorlag. Die Rotterdamer Kommission, von der die belgischen Behörden auch eine Bescheinigung verlangten, ist gar nicht zuständig. Das Eintreffen der 2000 Tonnen Speck im Industriegebiet ist von der größten Bedeutung für die Erhaltung der Ruhe dort, die keineswegs gesichert ist. Die Verweigerung der Durchfahrt stellt einen Akt der Willkür dar, der nicht nur für Deutschland gefährlich ist, sondern auch für die Alliierten.

Zur Lage im Reiche.

Zerstörungen in Halberstadt.

Halberstadt, 7. Mai. Hier sind vorgestern Regierungstruppen eingezogen, deren Aufgabe die Wiederherstellung von ruhigen und geordneten Zuständen ist. Vor allem sollten die Regierungstruppen den Gewalttätigkeiten und Ruhestörungen, die in der vorigen Woche zur Befreiung Eichhorns geführt haben, ein Ende bereiten. Gestern und heute sind die Regierungstruppen in der Stadt vom Pöbel und von linksradikalen Elementen beschimpft und tätlich angegriffen worden. In der Notwehr haben die Regierungstruppen von der Waffe Gebrauch gemacht. Auf beiden Seiten wurden zahlreiche Personen verletzt. Auch soll ein Offizier der Regierungstruppen getötet worden sein. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Fischmarkt wurde mit Maschinengewehren versehen und mußte wiederholt gewaltsam gesäubert werden. Um die Zurückziehung der Regierungstruppen zu erzwingen, ist heute die Arbeiterschaft in den Generalstreik getreten. Sämtliche Straßenbahnangestellten haben gestern schon die Arbeit niedergelegt, so daß der Straßenbahnverkehr vollständig ruht. Die Arbeiter haben eine Abordnung nach Berlin entsandt, die die sofortige Beseitigung der Regierungstruppen herbeiführen will.

Nach einer weiteren Meldung sollen die Regierungstruppen nicht in besonderer Mission nach Halberstadt beordert worden sein. Vielmehr soll es sich nur um Truppen handeln, die aus Essen hier ankamen und einige Tage zur Erholung in Halberstadt und anderen Harzorten verbringen sollten.

Mißglückte Generalstreikspläne in Chemnitz.

Chemnitz, 7. Mai. Als Protest gegen den Belagerungszustand und das Verbot der kommunistischen „Chemnitzer Zeitung“ beschloß eine kommunistische Versammlung in Chemnitz ab Donnerstag den Generalstreik mit passiver Resistenz dergestalt, daß man zwar nicht aus den Betrieben herausgehe, aber auch nicht arbeiten wolle. Der Generalstreik soll zunächst zwei Tage dauern. Soviel bis jetzt ersichtlich ist, will eine Zweidrittelmehrheit der Chemnitzer Arbeiter von einem solchen Streik nichts wissen. Auch ein am Sonntag in einer Versammlung von Angestellten der Chemnitzer Textilindustrie gefaßter Beschluß, am Mittwoch in den Ausstand zu treten, hat bis jetzt wenig Anklang gefunden, da der Textilarbeiterverband einer Beteiligung an dem Ausstand ablehnend gegenübersteht.

Ein neues Blutbad in München.

21 Personen von bayerischen Soldaten getötet.

München, 7. Mai. Das Generalkommando Owen teilt mit: Die Erbitterung über den Geiselmord, sowie über den zähen und heimtückischen Widerstand der Spartakisten hat zu einem verabscheuungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand entgegen den Anordnungen über die Versammlungsverbote eine Versammlung von ungefähr 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde von Reichstruppen aufgehoben, die Beteiligten wurden inhaftiert und in das Gefängnis am Paulinenplatz abgeführt. In dieses drang gegen 9 Uhr abends eine Gruppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der die bayerischen Soldaten, in dem Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen sind verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der zweiten Gardedivision. Die Generale von Owen und Moehr bedauern auf das lebhafteste diesen Ausbruch entfesselter Leidenschaft. Sie haben scharfe Befehle erlassen, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß für so schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben, wie sie hier zu lösen sind, nur eine durch eiserne Disziplin gefestigte und fest in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe gebraucht werden kann.

Soweit der Bericht. Der Vorfall soll sich folgendermaßen abgespielt haben: Im Vereinslokal eines in der Augustusstraße befindlichen katholischen Kasinos hatten sich Dienstag abend wie gewöhnlich dreißig Mitglieder eingefunden. Da den Reichstruppen mitgeteilt wurde, daß es Spartakisten seien, wurden sie festgenommen und in einem als Gefängnis dienenden Keller des Palais des Prinzen Georg am Paulinenplatz verbracht. Einer Gruppe bayerischer Soldaten, die über die Ermordung von Offizieren und Mannschaften auf das höchste erbittert war, wurde ebenfalls mitgeteilt, daß es sich um Spartakisten handele. Sie überrumpelten in ihrer Wut die aufgestellten Posten, drangen in den Keller ein und richteten mit Schuß- und Stichwaffen ein Blutbad an, bei dem 21 Personen getötet wurden. Auch die übrigen, die sich sodann entfernen konnten, waren blutüberströmt und mehr oder minder verletzt. Ohne das furchtbare Ereignis beschönigen oder entschuldigen zu wollen, darf man doch sagen, daß es begreiflich ist, wenn die Erbitterung der Truppen gegen die Spartakisten immer mehr steigt. Noch immer kommen die erbärmlichsten Morde vor. So wurden gestern vier Fälle gemeldet, bei denen Soldaten von Zivilisten, die ihnen Zigaretten oder Schriftstücke zum Lesen anboten, hinterrücks getötet wurden.

Die neuen Männer in München.

München, 8. Mai. Nachdem Dr. Ewinger zum Staatskommissar mit außerordentlichen Vollmachten in München und Generalmajor v. Möhl dauernd zum Kommandeur der dortigen Truppen ernannt wurden, wird heute die Ernennung des Oberlandesgerichtsrats Pöhner zum Polizeipräsidenten von München bekanntgegeben.

Gründliche Säuberungsarbeit in München.

Das Geschäftsleben in München hat sich wieder in normaler Weise entwickelt. Die Straßenbahn verkehrt noch nicht. Der Postzustellungsdienst ist wieder aufgenommen. In der Nacht hat es in verschiedenen Stadtvierteln neuerdings wieder kleine Schießereien gegeben. Bei der Verfolgung der Dachschützen wurden zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Es wurden neuerdings Absperrungen zum Teil mit Drahtverhauen vorgenommen und Geschütze und Maschinengewehre aufgestellt. Der Stadtkommandant hat bis auf weiteres das Erscheinen der linksradikalen Zeitungen verboten. Unter das Verbot fällt u. a. die neue Zeitung der U. S. P. — Der Vorsitzende des Revolutionstribunals soll wegen Hochverrats angeklagt werden. Die Kommunistenregierung hat für über eine Million falscher Zwanzigmarkscheine gedruckt und in Umlauf gebracht. Am Montag abend wurde die Privatsekretärin Egelhöfers, Lohde, verhaftet, die besonders an den spartakistischen Aufständen in Bremen und Leipzig beteiligt war.

General Maercker noch in Braunschweig.

Braunschweig, 8. Mai. Der Kommandeur des Landesjägerkorps Maercker hat entgegen anderweitigen Blättermeldungen Braunschweig heute noch nicht verlassen, sondern wird sich noch einige Tage hier aufhalten. Gestern vormittag hat der General an der Spitze des Landesjägerkorps einen Umzug durch die Stadt unternommen, der von der Bevölkerung allgemein als Abschiedsgruß bewertet wurde. Die Bildung der Reichswehr und der Landeseinwohnerschaft macht hier gute Fortschritte und wird voraussichtlich in dieser Woche zum Abschluß kommen. Das Braunschweiger Husarenregiment, das seit seiner Rückkehr aus dem Felde in der Lüneburger Heide in der Verbannung lebte, ist gestern in seine alte Garnison Braunschweig zurückgekehrt.

Deutschland.

— **Ein neues Parteiorgan.** Als Zentralorgan der Deutschen demokratischen Partei Groß-Berlin erscheint — einmal wöchentlich — unter der Leitung von Martin Wenck die Demokratische Rundschau in Berlin. Die erste Nummer vom 4. Mai bringt Geleitworte von Gothein, Schiffer, Naumann, Friedberg, Pachnicke, Hartmann, Nuschke, Remmers, Wiglow, Otto, sowie Artikel von Troeltsch, Cassel, Löhning, Alice Salomon, Marie v. Bunsen, Alice Dullo.

*

Konferenzen über die Übernahme der Staatsbahnen durch das Reich.

Wie die „Pol. Inf.“ hört, findet am 13. Mai in Eisenach unter der Leitung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten die erste Konferenz statt, um über die Bedingungen der Übernahme der Eisenbahnen der Einzelstaaten durch das Reich und die Feststellung der zu zahlenden Entschädigungen zu verhandeln. Beteiligt sind alle deutschen Länder mit Eisenbahnbesitz.

Bessere Papierlieferungen an die Zeitungen.

Die Wiedereinsetzung der Kohlenförderung rückt auch die Hoffnung auf eine bessere Belieferung der Zeitungen mit Papier in greifbare Nähe. Wenn auch selbstverständlich nicht an eine Aufhebung der Kontingentierung zu denken ist, so beabsichtigt das Reichswirtschaftsamt doch — immer wieder nur, wenn die Kohlenförderung anhält — im Laufe der nächsten Monate Erleichterungen in der Papierbelieferung eintreten zu lassen. Beim Buchverlag wird man vielleicht schon am 1. Juli dazu übergehen können, die Zwangsbelieferung einzustellen.

Die deutschen Städte und die Kommunalisierung.

Die Vorstände des Deutschen und des Preußischen Städtetages haben in gemeinschaftlicher Sitzung zum Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben folgende Entschließung angenommen: „Die deutschen Stadtverwaltungen, die schon bisher weitgehende Erfolge auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft aufzuweisen haben, sind deshalb zu weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft vorzugsweise geeignet und berufen. Die Vorstände des Deutschen und des Preußischen Städtetages halten es aus diesem Grunde für notwendig, daß den Gemeinden mit größter Beschleunigung ein für ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung brauchbares Gesetz in die Hand gegeben wird. Zu einem solchen Gesetz gehört besonders eine Aufzählung aller Wirtschaftszweige, die die Stadtverwaltungen kraft eigenen Beschlusses in Gemeinwirtschaft nehmen können, eine Zuerkenntnis der Befugnis, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden auch andere Wirtschaftszweige zu übernehmen, die Festsetzung von Enteignungs- und Entschädigungsbedingungen, die den Gemeinden die Übernahme erleichtern, die Anerkennung der eigenen Verantwortung der Stadtverwaltungen für ihre Maßnahmen und die Beseitigung unnötiger Aufsichtsbefugnisse, der Ausschluß nebenherlaufender Übernahme- und Einspruchsrechte des Reiches und der Bundesstaaten, welche geeignet sind, die gemeindlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Gemeinwirtschaft zu durchkreuzen.

*

„Freunde“ der Beamten.

Zwei freiwillige Eingeständnisse.

Von M. Höfler-Zeitz.

Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Im Haushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung werden gegenwärtig die von den bürgerlichen Fraktionen zur Hebung der Notlage und Sicherung der Rechte der Beamtenschaft eingebrachten Anträge beraten. Hierbei wurden von zwei Parteien Eingeständnisse gemacht und Bekräftigungen gegeben, die doch außerordentlich überraschten und zur Aufklärung vor allem der Beamtenschaft selbst viel beitragen dürften.

Infolge der Zurückhaltung des Finanzministers gegenüber den Beamtenforderungen fragte der Vertreter der Deutschen Volkspartei die Regierung, wieviel Beamte für die Folge wohl nicht mehr fest, sondern nur noch auf Tarifvertrag angestellt werden könnten. Nach sofortiger energischer Zurückweisung dieses Ansinnens durch mich wurde diese Frage wohl etwas verklausuliert, aber der Vertreter der Deutschen Volkspartei legte sich trotzdem wieder auf die Ansicht fest, daß man zur Erzielung von Ersparnissen (?) für die Folge einen Teil der Hilfsbeamten (!) bei der Anstellung nur noch auf Vertrag beschäftigen sollte. Als ob diese Beamten dann nicht ebenfalls besoldet werden und infolge Fehlens der Pensionsberechtigung sogar bedeutend höher entlohnt werden müssen. Eine Ersparnis kann mithin gar nicht in Frage kommen bei einer Anstellung auf Tarifvertrag.

Den zweiten Beweis ihrer „Beamtenfreundlichkeit“ lieferte der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokraten. Bei Begründung der Notwendigkeit, die Sicherung der Rechte der Beamtenschaft verfassungsmäßig festzulegen, führte ich die Stellung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen in der Mar[illegible]dorfer Gemeindevertretung an, die beide daselbst den Grundsatz aufgestellt haben, feste Anstellungen von Beamten dürften überhaupt nicht mehr erfolgen. Diese Feststellung begleitete der Vertreter der Unabhängigen im Haushaltsausschuß mit einem lauten „Sehr richtig!“, übrigens die einzige rhetorische Leistung dieses Herrn und mit ihm auch seiner Partei während einer zwei Tage währenden Aussprache für die — Beamten. Nach dieser Leistung verließ der unabhängige Sozialdemokrat dann überhaupt den Saal, sein Interesse für die Rechte der Beamtenschaft war erschöpft.

Deutsche Volkspartei und Unabhängige Arm in Arm in der Abbröckelung der Rechte der Beamten auf feste Anstellung! In meinem Wahlkreis Merseburg-Erfurt wurde während des Wahlkampfs von der Deutschen Volkspartei für die Beamten der Satz geprägt: „Beamte, wenn ihr auch im neuen Staate fest angestellt sein wollt, wählt keinen Demokraten.“ Wie die Deutsche Volkspartei diese Mahnung in Wirklichkeit auffaßt, hat uns der Herr Vertreter dieser Partei im Haushaltsausschuß der Landesversammlung nun verraten.

Beamte, hört! Achtet auf eure Freunde!

Parlamentarisches.

Preußische Landesversammlung.

In die Tage der höchsten Spannung fällt die Wiedereröffnung der preußischen Landesversammlung am Dienstag. Da kann diese nicht viel Aufmerksamkeit beanspruchen, wenn auch die erste Lesung des Etats Gelegenheit zu einer großen politischen Aussprache böte. Die Herren sind sogar bescheiden genug, das einzusehen. Wie es heißt, wollte sich die Mehrheit auf kurze Erklärungen beschränken, drang damit bei der Rechten jedoch nicht durch. Immerhin geht es sehr friedlich zu. Der frühere Streit um die Notwendigkeit eines dritten Vizepräsidenten ist durch den Gang der Ereignisse geschlichtet. Da Herr Leinert in Versailles sitzt und Dr. Porsch, der seine Gattin verloren hat, krank ist, muß selbstverständlich Ersatz geschaffen werden, und der Konservative Herr v. Kries wird ohne jeden Widerspruch gewählt. Sein einst so streitbarer Parteifreund v. d. Osten spricht gemäßigt und versöhnlich. Die Unabhängigen, denen er mit seiner Sympathie für das berufsständische Parlament entgegenkommt, müssen schon Erinnerungen an den v. d. Osten von ehedem aufwärmen, um etwas Krach machen zu können. Der hagere Geheimrat Schmedding vom Zentrum predigt in seiner trockenen Art Sparsamkeit auf allen Gebieten. Lebendiger wird das nur zur guten Hälfte besetzte Haus, als der Demokrat Heilbrunn temperamentvoll Kritik an den herrschenden Zuständen übt, das Rätesystem verurteilt, weil es nichts sei, als das umgekehrte preußische Herrenhaus, und für den freien Handel kämpft. Die Mehrheitssozialisten hören es nicht gern, bleiben aber ruhig. Alle Redner schließen mit dem Mahnruf zur Einigkeit und zur äußersten Abwehr eines Sklavenfriedens.

Am Mittwoch wurde die Beratung fortgesetzt. Das Haus ist nur schwach besucht. Aller Gedanken sind in Versailles. Die Beantwortung der kleinen Anfragen zeigt die Regierung in bemerkenswerter Festigkeit gegen das radikale Drängen. Die Unabhängigen erhalten eine Absage nach der anderen. In der dann fortgesetzten politischen Aussprache kam der Mehrheitssozialist Schubert von dem Schema der Parteireden nicht los und reizte sowohl die Rechte, wie die äußerste Linke. Oberpräsident v. Richter von der Deutschen Volkspartei weist eine Verdächtigung der deutschen Unternehmer mit äußerster Schärfe ab und bespricht eingehend die traurige Finanzlage; direkte Reichssteuern seien unvermeidbar. Nach einer sachlichen Auskunft des Landwirtschaftsministers wollen die Sozialdemokraten vertagen, aber die Mehrheit läßt noch unter vielfachem Widerspruch eine Hetzrede des Unabhängigen Rosenfeld über sich ergehen. Schließlich beschwert sich der Welfe v. Dannenberg darüber, daß durch die Arbeiten am Mittellandkanal die Landesversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werde.

Fortsetzung der Etatsberatung am Donnerstag.

Provinz und Umgegend.

† **Detmold**, 7. Mai. Einen blutigen Verlauf nahm eine gestern abend im lippischen Heilbad Salzuflen von der Deutschnationalen Partei abgehaltene Versammlung, in der Parteisekretär Lindner-Bielefeld sprach. Wie Präsidialmitglied Becker (Soz.) im Landtag mitteilte, entstand bei den Ausführungen des Redners: „Wir kämpfen so lange, bis die rote Flut durchbrochen ist“ ein großer Tumult in der Versammlung. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache gab der Sohn des Pastors Kieffing mehrere Revolverschüsse ab, durch die ein Arbeiter getötet und andere schwer verletzt wurden. Die Stimmung in der Stadt, die schon seit langem erregt war, ist auf Sturm gestiegen. Auch die Staatswerkstätten in Detmold haben aus Anlaß dieses Vorkommnisses für heute ihren Betrieb geschlossen. Die Arbeiter in Salzuflen hielten um die Mittagsstunde auf dem Marktplatz eine große Protestversammlung ab. Das Landespräsidium sowie die Staatsanwaltschaft haben sich sofort an den Tatort begeben, um die Sachlage aufzuklären und die Bevölkerung zu beruhigen.

Merseburg und Umgegend.

8. Mai.

Wenn die Bäume blühen.

Die schönste Zeit im ganzen Jahre scheint diesmal der Frühling immer weiter hinausschieben zu wollen, da die rechte Maiwärme sich nicht entfalten will. Die Tage sind kühl und der Sonnenschein zu spärlich, um die drängenden Blütenknospen der Obstbäume aus ihrer Hülle zu locken. Die gelbe, zartglockige Forsythia und auch Pfirsich- und Mandelbäume mit ihrem zartrosa Duft haben trotz Aprilschauer und Maikühle ihren Frühlingsschmuck angelegt, auch frühe Kirschen und Pflaumen stehen wie weißbeschneit in den Gärten, aber das üppige Blühen soll erst noch kommen mit den schöneren warmen Maitagen. Der Tulpenbaum hat seine Knospen noch geschlossen und es ist, als sehnen sich alle Frühlingsblüher nach der Sonne, genau wie wir, die wir in schlecht geheizten Stuben davon träumen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190509-18/fragment/page=0002
DFG

Die Zeit des ersten Blühens ist ja nur eine Vorfreude für die „Baumblut“, die unser noch harrt und die dann, wenn der Wind den Blütenschnee davongetragen hat, von Flieder, Goldregen, Schneeball, Kastanie, Weiß- und Rotdorn, Akazie und zuletzt von der Linde abgelöst wird. Wenn die Luft von den Düften aller Blüten erfüllt ist, dann erst ist der richtige Frühling mit seiner verschwenderischen Pracht eingezogen, dann erst können wir den Mai als Wonnemonat preisen.

In früheren Zeiten hat es einer alten Chronik nach recht häufig vorzeitiges Blühen gegeben, denn es soll z. B. um 1172 ein so gelinder Winter gewesen sein, daß sich die Bäume im Januar schon mit Blüten und Laub bedeckten. 1204 herrschte von Januar bis in den Mai hinein eine ununterbrochene Hitze und Trockenheit, so daß die Früchte mißrieten und Hungersnot die Folge war. 1298 trugen zu Köln die Mädchen Veilchen- und Primelkränze im Haar. 1420 blühten die Bäume schon im März und reife Kirschen gab es danach schon im April. 1529 stand im März der Roggen schon in Ähren, ebenso 1585 stand am Ostertag das Korn in Ähren und die Bäume hatten längst geblüht. 1622 heizte man im Februar selbst im Norden Deutschlands nicht mehr und alle Bäume standen in schönster Blüte. Im letzten halben Jahrhundert zählte man an die zwanzig milde Winter, auf die aber regelmäßig regnerische Sommer folgten. Auch wir können vom vergangenen Winter nicht von großer anhaltender Kälte reden, um so unangenehmer fällt uns das kalte Frühjahr auf. Es scheint, unser Klima wird ozeanischer, die Winter milder, die Sommer kühler. Wenn man über die Naturwunder dieser früheren Zeit liest, fällt allgemein auf, daß nur ganz bestimmte Pflanzen zu verfrühtem Austreiben neigen: Haselnuß, Weide, Flieder, Schneeball, Rosen, Apfel- und Birnbaum, Kirschen und Hollunder. Schon in alten Zeiten schnitt man daher um die Jahreswende Fliederzweige, Weiden- und Haselruten, um sie in den Wohnräumen zum Treiben zu bringen. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß die Winterruhe der Pflanzen nicht vollkommen ist und sich in einen Zustand der Voll-, Vor- und Nachruhe teilt. Während der Vollruhe verhält sich die Pflanze allen Reizen gegenüber völlig unzugänglich, nicht dagegen während der Vor- und Nachruhe. Hier haben Treibversuche meist guten Erfolg. Da vom Januar bis in den Vorfrühling die Pflanzen sich in der Nachruhe befinden, erklärt sich auch das frühzeitige Treiben infolge günstiger Witterung, ebenso, wie lang anhaltende Frühlingskühle das Treiben und Blühen verzögert.

*

**** Die neue Garnison.** Wie wir schon mitteilten, wird in den Regierungsbezirk Merseburg die Reichswehrbrigade 16 (Landesjägerkorps) verlegt. Unsere Stadt erhält als dauernde Garnison die 1., 2. und 3. Kompanie der Landesjäger zugewiesen. Die Truppen sind dieser Tage eingetroffen und sind in der Kaserne untergebracht worden, während die Offiziere in Privaten einquartiert wurden.

**** Aufhebung der Papierkontingentierung.** Aus Berlin wird der „Halleschen Ztg.“ von unterrichteter Seite gemeldet, daß die Kontingentierung von Zeitungsdruckpapier und Papier zu Verlagswerken vom 1. Juli d. J. ab aufgehoben werden soll. Für die gesamte deutsche Tagespresse ist diese Mitteilung von äußerster wirtschaftlicher und ideeller Bedeutung. Was im Familienhaushalt die Brotmarke, bedeutet für jede Zeitung die Papierkontingentierung, die der Anzeigengeschäftsstelle sowohl wie der Redaktion beide Hände mit dem denkbar lästigsten Fesseln band. Infolge der Rationierung des Verbrauches von Zeitungspapier wurde jeder Zeitung nur eine bestimmte und begrenzte Menge von Papier zum Gebrauch überwiesen, die strengbureaukratisch nach dem Verbrauch der einzelnen Blätter im Jahre 1916 bemessen war, und auch nicht etwa den vollen Bedarf der entsprechenden Monate dieses Stichjahres bewilligte, sondern nur einen Bruchteil dessen.

**** Neue Kampfmethoden gegen den Schleichhandel!** Wie die „Voss. Ztg.“ hört, plant das Reichsernährungsamt die Herausgabe einer neuen Schleichhandelsverordnung, in der vorgesehen wird, daß allen Polizeiorganen, die sich in irgendeiner Hinsicht als nicht unbedingt zuverlässig erwiesen, Hilfskräfte aus den Kreisen der Verbraucher beigeordnet werden. Sie sollen aus den Konsumentenverbänden, den Landarbeiter- und Bauernräten entnommen werden.

**** Eine Erhebung der Anbau- und Ernteflächen** wird, wie im Jahre 1918, auch in diesem Jahre auf Anordnung des Statssekretärs des Reichs-Ernährungsamtes in der Zeit vom 5. bis 31. Mai 1919 stattfinden. Die Erhebung erstreckt sich auf die mit Getreide, Hülsen- und Ölfrüchten, Gespinstpflanzen, Kartoffeln, Rüben und Wurzelfrüchten, Gemüsen, Futterpflanzen und sonstigen Gewächsen aller Art feldmäßig angebauten Ernteflächen. Die Anbau- und Ernteflächenerhebung bildet wieder die Grundlage unserer gesamten Nahrungsmittelwirtschaft. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Angaben von den Verpflichteten mit der größten Genauigkeit und Sorgfalt gemacht werden.

** Seit längerer Zeit kann man beobachten, wie Häuser und Mauern in gemeiner Weise mit Kreide beschmiert werden. Möchten sich doch Eltern, Erzieher und Bürger finden, die solche Schmutzfinken recht nachdrücklich zurechtweisen. Die betroffenen Hausbesitzer könnten aber wohl die Eltern solcher Kinder für den angerichteten Schaden haftbar machen.

**** Die Deutsche demokratische Partei** (Ortsverein Merseburg) hält morgen abend 8 Uhr im „Tivoli“ eine Mitgliederversammlung ab. Es wird dringend um zahlreichen Besuch gebeten.

**** Der Deutsche Eisenbahnverband** (Ortsgruppe Merseburg) ladet im Anzeigenteil zu seiner morgen abend in der „Guten Quelle“ stattfindenden Mitgliederversammlung ein.

**** Die Generalversammlung** der Feld- und Hausplanbesitzer der Stadtflur Merseburg findet morgen abend ½9 Uhr im „Tivoli“ statt.

**** Die Grasnutzung im Wilmowski-Garten** soll in diesem Jahre in Parzellen von je 250 Quadratmeter zum Preise von 1 ₰ für den Quadratmeter neu verpachtet werden. Interessenten seien auf die Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer verwiesen.

**** Militärkonzert.** Die Kapelle der Naumburger Jäger veranstaltete gestern abend im „Casino“ ein Konzert. Trotzdem die Kapelle von früheren Veranstaltungen in bester Erinnerung steht, war der Besuch nur mäßig. Die Kapelle unter bewährter Leitung des Vizefeldwebels Ipowitz war in bester Form. Jedes Stück des feinsinnig gewählten Programms kam exakt zum Vortrag und lebhafter, oft nicht endenwollender Beifall sicherte noch einige Zugaben. — Die Kapelle wird nach Auflösung des Jäger-Bataillons wahrscheinlich einer Freiwilligen-Formation angegliedert und hoffen wir gerne, daß trotz des gestrigen wenig erfreulichen Kassenabschlusses die vorzüglichen Musiker uns wieder einmal besuchen.

**** Im „Casino“** findet morgen abend eine große Vorstellung der Leipziger Varieté-Bühne (Dir. M. Götze) statt. Ein reichhaltiges, erstklassiges Programm verspricht einige genußreiche Stunden.

**** Curt Wilke** vom Stadttheater Halle veranstaltet am nächsten Mittwoch im „Tivoli“ einen „Lustigen Abend“. Vorverkauf bei Frahnert.

*

Die Fleischversorgung des Kreises Merseburg und die künftigen fleischlosen Wochen.

Arbeitervertreter gegenüber hat der kommissarische Landrat erklärt, demnächst würden mehrere fleischlose Wochen für den Kreis Merseburg eingerichtet. Begründet wurde dies mit der Abnahme der Viehbestände und der Notwendigkeit ihrer Schonung. — Eine so einschneidende Maßregel, ausgerechnet in den letzten Wochen vor der neuen Gemüseernte, ohnehin der schwierigsten Zeit des ganzen Jahres, läßt sich nur rechtfertigen, wenn restlos alle Mittel fruchtlos erschöpft sind, die dem Kreis zur Verfügung stehen. Diese Voraussetzung fehlt aber wohl. Denn von allen Seiten hört man und findet es auch in den großen Fremdenhöfen Leipzigs und Halles auf der Speisekarte bestätigt, daß die Geheimschlachtungen einen Umfang erreicht haben, wie nie zuvor. Der Kampf hiergegen ist schwer, aber nicht aussichtslos. Der Kreis hat ein genaues Verzeichnis sämtlicher Rinder, Kälber, Schweine usw. jedes Landwirts. Sobald der Viehaufkäufer die verzeichneten Tiere nicht voll vorfindet, zeigt er das an. Kann der Landwirt nicht genau Auskunft über den Verbleib des Tieres geben, dann wird er unnachsichtlich zur Verantwortung gezogen. Das Interesse der Volksgesamtheit verlangt nun einmal leider das. Die schwierige Lage der Landwirtschaft im Kriege soll keineswegs verkannt werden. Kaum ein zweiter Erwerbsstand ist so bevormundet und gegängelt worden wie sie. Und wir wünschen der Landwirtschaft zu ihrem Erstarken jede staatliche Unterstützung, soweit sie nicht auf Kosten anderer berechtigter Interessen geht. Aber gerade, wer es mit dem Wohle der Landwirtschaft ernst meint, muß die geschilderten Mißstände um so mehr bekämpfen, tragen sie doch leider nur immer mehr dazu bei, die Kluft zwischen Industriearbeiterschaft und Landwirtschaft zu vertiefen, anstatt sie zu überbrücken. Sind doch beide so unmittelbar aufeinander angewiesen. Eine geschickte Verwaltungsbehörde muß gerade in einem Kreise wie dem Merseburger mit seinem starken Industrieeinschlag dies berücksichtigen. Die Agrarkreise des fernen friedlichen Ostens kennen allerdings diese Probleme nicht. Gutes Zureden in Gestalt von Bekanntmachungen ist zwecklos, wie die Vergangenheit dies oft genug bewies. Strenges unparteiliches Handeln kann hier nur helfen. Erst wenn alle Mittel erschöpft sind, kann eine pflichtbewußte Behörde zu einer Verbrauchsbeschränkung greifen. Dieser letzte Schritt ist so schwerwiegend, daß ihn nur die äußerste Not erklären kann. Fehlen die Voraussetzungen, dann entspringen die fleischlosen Wochen nicht einem tatsächlichen Mangel an Vieh, sondern der Unfähigkeit der unteren Verwaltungsbehörde. Dagegen kann aber nicht scharf genug Front gemacht werden!

*

Voraussichtliches Sinken der Pferdepreise.

Die Pferdepreise sind zurzeit trotz der Demobilmachung immer noch sehr hoch. Nach amtlicher Auskunft besteht aber jetzt Aussicht, von mehreren Stellen bald Pferde in größerer Zahl aus dem Auslande zu erhalten. So gibt Holland die Pferdeausfuhr nach Deutschland ab Mai ganz frei. Auch Dänemark hat bereits die Ausfuhr von 2500 Pferden für die nächsten Wochen bewilligt. Die Preise für Pferde in Frankreich und Belgien sind nach zuverlässigen Nachrichten sehr niedrig. Es dürfte endlich damit zu rechnen sein, daß auch aus den Pferdebeständen der Besatzungstruppen des linksrheinischen Gebietes Pferde nach Deutschland abgegeben werden.

*

Was wir von unserer Jugend hoffen.

Die Ferien sind nun wieder vergangen. Es ist sicher, daß viele Erwachsene herzlich froh darüber sind, daß die kleinen Plagegeister, die die Straße oft mehr als zuviel beleben und die manchmal leider auch recht wenig Ehrerbietung vor dem Alter gezeigt haben, nun wieder auf mehrere Stunden des Tages über von der Schule festgehalten werden. Das mag auch der Grund sein, daß viele Leute geringschätzig, ja oft mit Verachtung auf die Jugend blicken, weil sie ohne Rücksicht auf die ruhige, gesittete Art des Bürgers, sich austobt. Andrerseits darf aber nicht verkannt werden, daß in dieser furchtbaren Zeit die Jugend den Leidenskelch am bittersten schmecken muß und daß sie unsre ganze Hoffnung ist. Wem drängt sich jetzt nicht die Frage auf: Was wird einst unsere Jugend sagen, wenn sie auf die jetzige Zeit zurückblickt, sofern die Irrungen und Wirrungen, die uns jetzt umschweben, beseitigt sind und es ihnen besser geht als uns? Wird sie zu ihrem Vorteil lernen von der Zeit des rücksichtslosen Bruderkampfes? Wahrhaftig, unsere Jugend hat manches gesehen und gehört, was sie mit Schaudern und Entsetzen erfüllt, hat ihr zartes Gemüt so tief ergriffen, daß es zeitlebens nachklingen wird. Jeder denkende Mensch ist sich klar darüber, daß der Krieg nicht die Ursache des Trauerspiels ist, das wir jetzt erleben, daß diese viel weiter zurückliegt und der Krieg nur den Anstoß dazu gegeben hat. Die Abweisung jeglichen Sozialismus, die scharfe Abstufung der Gesellschaftskreise, sowie das Fehlen auch des geringsten praktischen Christentums haben die Menschen untereinander entfremdet, mit solchem Haß erfüllt, daß eine Entspannung kommen mußte. Das fühlte jeder, der die Volksseele nur einigermaßen kannte, schon lange vor dem Kriege. Diese Entspannung durchleben wir jetzt. Der Sozialismus marschiert; er kann nicht mehr aufgehalten, kann aber auch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Weil er sich nur sukzessiv ausbauen kann, setzen wir auf unsere Jugend die größte Hoffnung. Nur nach und nach können die Gesellschaftskreise verschwinden, auf dem Wege langsamer, gesunder Fortentwicklung der Volksgesamtheit. Deshalb werden wir die vollkommene Lösung der sozialen Frage, wenn sie wirklich das Glück der Menschheit in sich bergen soll, kaum erleben; denn sie besteht nicht, wie leider viele Menschen annehmen, in einem Ausgleich der irdischen Güter, sondern in einem Austausch der Seelen aller Schichten des Volkes miteinander, in der Erkenntnis, daß jeder in dem andern den Menschen achten muß, daß wir alle Brüder und Glieder eines Ganzen sind. Dann wird auch das Nationalbewußtsein wieder erstarken, das jetzt einen so bedauerlichen Stoß erlitten hat. Unsere Jugend hat diese Idee schon längst in die Wirklichkeit umgesetzt, unbemerkt von vielen; denn sie will sich ausleben, sie will spielen, singen und lachen, und dazu braucht sie Kameraden; sie kehrt sich nicht daran, ob der eine reicher ist als der andere, wenn sich nur „das Herz zum Herzen findet“, das genügt, das Freundschaftsband wird geschlossen — und das Glück folgt von selbst. Leider greift oft die rauhe Elternhand ein und verbietet den Verkehr, das Freundschaftsband wird zerrissen und damit auch das Glück. Meist jedoch machte die Schule in ihrer verschiedenen Gestaltung ein jähes Ende; die Volksschule, die Mittelschule, das Lyzeum, die Vorschule usw. Die ersteren waren für manche Eltern zu gewöhnlich, darum fort in die nächst höhere, obgleich die Lehrziele nicht wesentlich von einander abweichen. Dieses Streben nach „oben“ hat leider nicht nur in den „höheren“ Kreisen bestanden, es hatte auch in bürgerlichen tiefe Wurzel gefaßt. Gibt es wohl noch etwas Verkehrteres, als schon den Kindern die Standesunterschiede einzuimpfen? Darum ist es mit großer Freude zu begrüßen, daß die Einheitsschule kommt. Auf sie näher einzugehen, würde zu weit führen; nur das eine möge bemerkt werden, daß alles geschehen muß, in der richtigen Erkenntnis, daß wir nur auf die Jugend unsere Hoffnung setzen können, nur durch sie wird unser niedergeworfenes Vaterland wieder aufgerichtet werden, denn sie hat noch nichts eingebüßt von dem nationalen Bewußtsein; weil dieses in ihr noch rein und unverfälscht ruht, kann es durch planmäßige Pflege zu höchster Tatkraft und glühendster Vaterlandsliebe entwickelt werden. Das ist unsre feste Hoffnung, die wir auf unsre Jugend setzen, möge sie nicht zuschanden werden.

Hauptlehrer Meitz.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Freitag den 9. Mai.)

Ausgabe. Mager- und Buttermilch an die Kunden der Verkaufsstellen Vogel und Näther.

Fleischmarken für Kranke im Rathaus, Markt Nr. 1, Zimmer 12, von 8 bis 1 Uhr.

100 Gramm Fleisch auf die Fleischmarken, Kinder die Hälfte.

Kondensierte Vollmilch bei Schubert, Burgstraße 16, für die Personen mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens A bis H.

Roßfleisch bei Hoffmann (Brühl 6) von 2 bis 4 Uhr auf die Nr. 1401 bis 1600.

---

§ **Körbisdorf, 7. Mai.** Zu unserer Notiz betr. Verhütung eines Unglücks durch den Gymnasiasten Scheil, teilt uns die Direktion der Überlandbahnen mit: „Die Aufmerksamkeit des Schülers, wodurch bei der Zuckerfabrik Körbisdorf ein herabhängender Draht entfernt werden konnte, ehe der Straßenbahnwagen damit in Berührung kam, ist anzuerkennen. Unrichtig ist jedoch, daß durch die Berührung des Wagens mit dem Draht Menschenleben gefährdet worden wären. Der Wagenkasten ist aus Holz und nichtleitend, so daß ein Stromübergang nach dem Wagen nicht stattfinden kann. Aber selbst, wenn äußere Eisenteile den Strom ableiten würden, so ist damit eine Gefährdung der Insassen nicht verbunden, weil der Strom alsdann nach den Schienen abfließen würde, ohne in das Innere einzudringen. Es würde also dasselbe eintreten, wie es durch Blitzableiter an Häusern bezweckt wird.“

§ **Godula, 7. Mai.** Die am letzten Sonntag hier in der Gemeinde Godula-Vesta ohne Gutsbezirk veranstaltete Sammlung zum Besten unserer Kriegsgefangenen hatte das erfreuliche Ergebnis von 148,25 *M.*

§ **Dürrenberg, 7. Mai.** Der am 6. März von Regierungstruppen hier verhaftete Leiter der hiesigen sozialistischen Organisation, Dentist Schmöller, ist Montag abend wieder eingetroffen und von seinen Parteigenossen, jung und alt, mit Musik und großem Jubel empfangen und vom Bahnhof nach seiner Wohnung geleitet worden. — Wie Herr Schmöller mitteilt, machten die Anschuldigungen gegen ihn eine Voruntersuchung wegen schweren Landfriedensbruchs notwendig. In den letzten Tagen erklärte der Untersuchungsrichter, die Akten an die Staatsanwaltschaft zurückgeben zu müssen, da die Gründe der Anklagen nicht stichhaltig seien und auf Mißverständnis beruhten, so daß am Montag seine Entlassung aus der Haft erfolgte.

§ **Schkeuditz, 7. Mai.** In der Nacht zum 6. Mai ist im Fabrikgehöft der Firma Schäfer & Kirsch eingebrochen und 14 Truthühner an Ort und Stelle abgeschlachtet und gestohlen worden.

g. **Dieskau, 7. Mai.** Vom Mühlbach weg wurden 4 der Rittergutsmühle gehörige Zuchtenten gestohlen.

g. **Lochau, 7. Mai.** Die Rhabarberdiebstähle in den hiesigen Plantagen nehmen immer mehr überhand. Trotz schärfster Überwachung ist es noch nicht möglich gewesen, der Täter habhaft zu werden.

Mücheln und Umgegend.

8. Mai.

‡ **Querfurt, 7. Mai.** Dem Gerichtsgefängnis in Naumburg wurde am Montag der Steinbrucharbeiter Otto Bolschewsky aus Kleineichstedt zugeführt. Derselbe hatte sich an seinem 4 Monate alten Kinde in schwerster Weise vergangen. B. war erst 4 Wochen verheiratet.

‡ **Querfurt, 7. Mai.** Das Resultat der am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum Kreistag liegt jetzt endgültig vor. Hiernach stellen die sieben ländlichen Wahlbezirke unter Einschluß von Roßleben, wo wie in den städtischen Wahlverbänden gewählt wurde, 14 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Abgeordnete in den Kreistag. In den Städten des Kreises wurden 6 bürgerliche und 2 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt, so daß insgesamt 20 bürgerliche und 12 sozialdemokratische bezw. unabhängige Abgeordnete den künftigen Kreistag bilden werden.

Wetterwarte.

V. W. am 9. 5.: Meist heiter, trocken, Tag wärmer. — 10. 5.: Heiter, trocken, ziemlich warm.

Sport und Leibesübungen.

✤ **V. V. Hohenzollern** hielt gestern abend seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. 5 Neuaufnahmen waren angemeldet. Fragen, betreffend Leichtathletik im kommenden Sommer, Übungsstunden und Übungszweige wurden eifrig erörtert und ein Ausschuß, der sich mit diesen Fragen näher beschäftigen soll, gewählt. Ferner wurden Übungsabende für Fußball festgelegt, und zwar auf Mittwoch von ½5 Uhr nachmittags ab. Für den Spielausschuß, wo ein Mitglied ausgeschieden war, wurden 3 neue Herren gewählt. Endlich standen noch zur Debatte Fragen, die das Spiel am kommenden Sonntag mit drei Mannschaften gegen Eintracht-Halle zugunsten der Kriegsgefangenen betrafen und andere interne Angelegenheiten. Diese Spiele, die auf dem Platze des Kasernenhofes stattfinden, versprechen einen interessanten Verlauf, die niemand versäumen sollte, der Sportsinteresse hat, schon in Anbetracht des guten Zweckes!

Stimmen aus dem Leserkreise.

Draußen ist der Frühling erwacht und ladet ein, hinauszuwandern in die freie Natur. Einer der schönsten Spaziergänge für uns Merseburger war früher der Weg an der Saale entlang durch die Waldbestände der Fasanerie nach Trebnitz. Nach meiner Rückkehr aus dem Felde wollte auch ich diese Wanderung machen und stehe, als ich über die Brücke über den alten Saalearm gehen will, vor den halbverfaulten Pfeilern dieser Holzbrücke, die es uns früher ermöglicht hat, den größten Teil des Weges nach Trebnitz im Walde zurückzulegen. Enttäuscht mußte ich den wenig schönen Weg am Forsthause und an der Mauer entlang wählen. Unangenehm war das Fehlen der Brücke noch für andere Wanderlustige, die von Trebnitz kamen und bis an die Stelle gelangten, wo einstmals die Brücke stand, dann verschnupft bis fast zu ihrem Ausgangspunkt zurückwandern mußten, um darauf auch den Mauerweg zu gehen. Sollte es keine Möglichkeit geben, die Brücke wieder herstellen zu lassen und der Merseburger Einwohnerschaft einen ihr von früher her liebgewordenen Spazierweg für ein sonntägliches „Frische-Luft-schnappen“ wieder freizumachen?

Ein Naturfreund.

*

Zum 7 Uhr-Schulanfang.

Herr Prof. Dr. Abderhalden aus Halle a. S. bittet die Behörden, den Schulanfang von 7 auf 8 Uhr zu verlegen. Da ich auch Vater von 3 schulpflichtigen kleinen Kindern bin, möchte auch ich meine Ansicht darüber aussprechen. Wäre die von der Regierung in Aussicht genommene Sommerzeit auch in diesem Jahre zur Anwendung gekommen, so wäre für die Kinder wahrscheinlich der 8 Uhr-Schulanfang wieder festgelegt worden, und kein Mensch hätte darüber ein Wort verloren.

Jetzt ist nun der 7 Uhr-Schulbeginn gleich dem vorjährigen 8 Uhr-Schulanfang. — Die Eltern und Erzieher mögen nur darauf hinwirken, das die Kinder rechtzeitig des abends in das Bett kommen. —Jedenfalls ist es für die Kinder besser, sie schlafen vor Mitternacht eine Stunde eher, als wenn sie morgens die Stunde länger im Bette liegen und doch nicht schlafen!

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Hohlwangigkeit der Kinder durch Legung des Schulanfangs von 7 auf 8 Uhr behoben werden wird.

C . . . l.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

In großer Auswahl sind

Belgische u. Oldenburger Wagen-Pferde

eingetroffen u. stehen dieselben vom Sonntag ab zum Verkauf.

E. Strehl, Pferdehandlung,
Lützen, Stadt Berlin, Nr. 359.

Warnung!

Wir warnen vor dem unberufenen nächtlichen Betreten unserer Grundstücke, da scharfe Selbstschüsse gelegt sind.

Mühlpfordt Söhne.

Pferde-Verkauf

Mehrere leichtere und schwerere **Arbeitspferde** sowie ein erstklassiges junges **Maultier** (Rotschimmel) selbiger ist in sehr gutem Zustande, sicher ein- und zweispännig zu fahren, auch sehr flott, zu verkaufen.

Franz Vogel, Radewell—Ammendorf
Telephon 58. ::—:: Hauptstraße 16.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Sonntag nachm. 4 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden unser Bruder, Schwager und Onkel

der Zigarrenmacher

Louis Beine.

Dies zeigen tiefbetrübt an: Die trauend. Hinterblieb.

Merseburg, d. 7. Mai 1919.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 2 Uhr von der städt. Friedhofskapelle aus statt.

Stadtverordneten-Versammlung.

Montag den 12. Mai d. J.

keine Sitzung.

Merseburg, den 7. Mai 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Kohl.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag den 9. d. Mts., vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Gasthof „Casino"

ein Vertikow

öffentlich meistbietend gegen bar.

Rubusch, Gerichtsvollzieher.

Möbel-Versteigerung.

Sonnabend den 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, werden auf dem Rittergut Tragarth bei Merseburg folgende Sachen meistbietend versteigert:

Einrichtungs- und Wirtschaftsgegenstände, Bettstellen, Bettstücke, Kinder-Spielsachen, Schränke, einige Rokokomöbel, Gartenmöbel, Küchenmöbel, 1 Kochherd.

Die Sachen sind gut erhalten und werden wegen Umzug verkauft.

Im Namen der Besitzer: Der Auktionator.

Freiwillige Auktion.

Sonnabend den 10. Mai d. Js., von vorm. 10 Uhr an, werde ich im Gasthof „Zum halben Mond", Gotthardtstraße hier, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

1 Sofa, 1 Schrank, 1 nußbaum Schreibtischaufsatz, 1 Lehnstuhl, 3 Stühle, 2 große grüne Polsterstühle, 1 Nachtstuhl, 3 Bettstellen mit Matratzen, Federbetten, 1 Waschtisch, 1 Nähtisch, 1 Gartentisch m. Bank, 1 gr. u. 1 kl. Tisch, 1 Nachttisch, 1 Rollbüro, mehrere Recke, 1 Truhe, 2 Blumenständer, Gardinenhalter und Gardinenstangen, Kleiderhängen, Hirsch- und Rehgeweihe, 1 gr. Spiegel, 1 neue, 12armige Gaskrone, 1 Kinderwagen (fast neu), verschied. andere Haus- und Wirtschaftsgerät und eine Porzellangarnitur.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch in gutem Zustand.

Besichtigung von ½10 Uhr an gestattet.

Albert Franke, beeid. Auktionator.

Wiesenverpachtung

Die der Gemeinde Löffen gehörigen Wiesen (6 Morgen) sollen Montag den 12. Mai, mittags 12 Uhr, im hiesigen Gasthause öffentlich verpachtet werden.

Der Gemeindevorsteher.

Gras-Verpachtung.

Am Montag den 12. Mai, vormittags 11 Uhr, wird die Grasnutzung der Dämme und Lachen des Rittergutes Wegwitz öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet.

Wegwitz, den 7. Mai 1919.

Die Ritterguts-Verwaltung.

Gut möbl. Zimmer

an nur bessern Herrn zu vermieten. Offerten unter H 100 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Wohn- und Schlafzimmer

an besseren Herrn zu vermieten (Leunanähe). Offerten erbeten unter „Wohnung 43" a. d. Exp.

Möbliertes Zimmer

sofort zu vermieten Hallesche Straße 49.

Schlafstelle offen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Für die uns zu unserer Vermählung in so zahlreichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit allen herzlichen Dank.

Knapendorf, den 7. Mai 1919.

Fritz Götze u. Frau Elise geb. Weber.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir nur auf diesem Wege unsern verbindlichsten Dank.

Merseburg, den 8. Mai 1919.

Familie Oskar Keitel.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sprechen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank aus.

Merseburg, den 7. Mai 1919.

Heinrich Barthel nebst allen Hinterbliebenen.

Für die freundlichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tante

Frau Friederike Hedler

danken wir herzlichst.

Carl Kreidner und Frau.

Lauchstedt, den 7. Mai 1919.

Bekanntmachung über Eier.

Aufruf an die Landwirte der Provinz Sachsen.

Landwirte! Die Landwirtschaft fordert den möglichst baldigen **Abbau der Zwangswirtschaft.** Der erste Schritt der Reichsregierung auf diesem Wege, nämlich die Aufhebung der Eierbewirtschaftung, hat leider bereits zur wucherischen Steigerung der Eierpreise durch Erzeuger und Händler geführt. Wird dem nicht Einhalt getan, dann schwindet die Aussicht auf weiteren Abbau der Zwangswirtschaft und es droht die von Verbraucherkreisen bereits nachdrücklich geforderte **Wiedereinführung der Eierbewirtschaftung.**

Landwirte! Helft, daß dies vermieden wird! Nehmt selbst keine übermäßigen Preise! Unterstützt die Behörden bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen! Schließt Euch nach Möglichkeit zu Eierverwertungsgenossenschaften zusammen!

Auch die Vertreter des legitimen Eierhandels rufe ich in seinem Interesse zur Mitwirkung bei der Bekämpfung des Eierwuchers auf.

Ich verweise eindringlich auf folgende gesetzliche Vorschriften:

Der Landwirt (Eiererzeuger), welcher für Eier Preise fordert, oder sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, setzt sich schweren Strafen aus (Gefängnis, Geldstrafe bis zu 200000 Mark und Einziehung des übermäßigen Gewinnes. § 1 der Verordnung vom 8. Mai 1918 — R.-G.-Bl. S. 395—).

Als ein übermäßiger Gewinn des Erzeugers wird es unter den gegenwärtigen Verhältnissen, vorbehaltlich der Stellungnahme der Preisprüfungsstellen, anzusehen sein, wenn er für ein Ei mehr als 50 Pfennig fordert oder sich zahlen läßt.

Der Erzeuger darf ferner Eier an Händler (Aufkäufer) nur verkaufen, wenn der Händler die Erlaubnis zum Handel mit Eiern von der zuständigen Behörde (Landrat bezw. Ortspolizeibehörde eines Stadtkreises) besitzt und den Erlaubnisschein vorlegen kann (§ 1 der Verordnung vom 24. Juni 1916 — R. G. Bl., S. 581 —).

Eierhändlern, die beim Weiterverkauf einen übermäßigen Verdienst nehmen (etwa mehr als 10 Pfennig für das Ei) wird der Erlaubnisschein entzogen; auch drohen ihnen gleichfalls die obigen Strafen.

Magdeburg, den 27. April 1919.

Der Oberpräsident.
von der Schulenburg.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 30. April 1919.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Laden m. Ladenstube

zu vermieten. Zu erfragen Gotthardtstr. 7.

---

50 Mark Belohnung

bei Abschluß des Mietvertrags demjenigen, der mir eine 2-, 3- oder 4-Zimmer-Wohnung in Merseburg oder nächster Nähe nachweist. Angebote unt. M L 30 an die Exped. d. Bl.

2-Zimmer-Wohng.

von kinderl. Ehepaar (Beamter) sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote unt. 2 Z W an die Exped. d. Bl. erbeten.

6—8-Zimmerwohnung

möglichst mit Bad und Innenklosett sofort oder später zu mieten gesucht, evtl. im Tausch gegen tadellos erhalt. 3-Zimmerwohnung. Angebote erbeten an Horn, Johannisstraße 8.

---

100 Mark Belohnung

bei Mietabschluß für Nachweis einer Wohnung, 3—6 Zimmer und Zubehör. Angebote unter „Miete" an die Exped. d. Bl.

Brautpaar sucht zum 1. 7. 19

2-3-Zimmer-Wohnung

Angebote unter P M an die Exped. d. Bl.

Junge Leute mit einem Kind suchen zum 1. 7. kleine **Wohnung.** Off. unt. H B a. d. Exp. d. Bl.

Lebensmittel

sichere ich demjenigen zu, der mir eine Wohnung (Stube, Kamm., Küche) sofort oder später nachweist. Zu erfrag. in d Exp. d. Bl.

Möbliertes Wohn- und Schlafzimmer

von besserer Dame zum 1. Juni gesucht. Offerten unter M W S an die Expedition d. Bl.

Beamter sucht per sofort ein od. zwei möbl. Zimmer (2 Betten) möglichst mit Küchenbenutzung. Angebote unter R M 33 an die Exped. d. Bl.

Zum 1. 6. oder 1. 7. d. Js. von 2 mittl. Beamten (Brüder)

möbl. Wohn- u. Schlafzimmer

zu miet. ges. Gefl. Ang. unt. C H R an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer oder Schlafstelle oder klein. leeres Zimmer für Herrn sofort gesucht. Offerten unter „Schlafstelle" an die Exped. d. Bl.

Sauberes, einfach möbliertes **Zimmer** gesucht. Offerten unter S M Z an die Expedition d. Bl.

Suche sofort

besser möbl. Zimmer.

Off. unt. B 404 a. d. Exp. d. Bl.

Zwei größere,

zu Lager- und Verkaufszwecken geeignete

Räume sofort

zu mieten gesucht. Angebote bitte u Fr 100 in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Verschließbarer Raum zum Unterstellen von Möbeln gesucht.

Antworten bis zum 15. Mai unter „Lützen" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Suche per sofort trockenen, gut verschließbaren Raum zum Unterstellen von Möbeln. Angeb. unt. „Möbel 40" an die Exp. d. Bl.

Mittleres Wohnhaus, 2—3 Wohnungen fassend, oder 2—3-Zimmerwohnung zum 1. 10. zu mieten gesucht. Offerten unter B B 84 an die Exped. d. Bl.

Landwirtschaft zu kaufen gesucht bis 25 Morgen groß, in Nähe von Merseburg. Offerten unter W H an die Exped. d. Bl.

Gutgehende Bäckerei

zu pachten od. zu kaufen gesucht. Off. unt. M 100 an die Exp. d. Bl.

Bäckerei

für 1. Juli zu kaufen gesucht. Angebote zu richten an G. Gebhardt, Bäckermeister, Eisleben, Hallische Str. 73.

Eine Scheune

zu kaufen oder zu mieten gesucht. Offerten unter S 10 an die Expedition d. Bl.

25000 Mk.

auf 1. Hypothek gesucht. Offert. unter 25000 an die Exp. d. Bl

---

M. 15000 werden auf ein hiesiges, fast neues Wohnhaus z. 1. Stelle ganz i. d. Nähe Weißenf. Str. ges. Näh. b. R Wiegand, Mälzerstr. 8

Gebraucht. Gehrock

zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisang. unt. „Gehrock" a. d. Exp.

Guterhalt. Sommerüberzieher od. Militärmantel

zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unt. A Sch a. d. Exp. d. Bl.

Dunkelfeldgraues Beinkleid und Militär-Mantel

zu kaufen gesucht. Angebote unt. F 35 an die Expedition d. Bl.

Zwei noch gut erhaltene

Kopfkissen

oder Inlett zu kaufen gesucht Luisenstraße 12, 1 Tr. r.

Sitz- u. Liegewagen

zu kaufen gesucht Gutenbergstraße 15, 2 Tr.

---

600 Stück alte **Dachziegel**

werden sofort zu kaufen gesucht. Friedrich Stier, Pretzsch.

Einige Ztr. Stroh

zu kaufen gesucht

Paul Schröder, Kriegsdorf 21.

Tägl. ½ l Ziegenmilch

zu kaufen gesucht gegen hohen Preis. Angebote unter F 36 an die Expedition d. Bl.

Einige Legehühner

zu kaufen gesucht. Offert. unt. „Hühner" an die Exp. d Bl.

---

1 Glucke mit Küken

sofort oder später zu kaufen gesucht. Angebote unter A W 10 an die Expedition d. Bl.

Jung. Dobermann

zu kaufen gesucht Neumarkt 30.

Ein Paar

Damenschnürschuhe

(Nr. 40) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Paar Knabenschuhe Nr. 27, ein weißer Strohhut Nr. 58

zu verkaufen

Weißenfelser Str. 57, 2 Tr.

Ein Paar weiß. Herrenschuhe Gr. 42

zu verkaufen

Luisenstraße 20, 1 Tr., Mitte.

---

1 Paar Herrenschuhe (Gr. 40) 1 Herrenstrohhut u. 1 dunkelblaue Bahnmütze

sind zu verkaufen Kleiststr. 3, pt.

---

2 Paar Stiefel

sind zu verkaufen

Breite Straße 16, Hof 1 Tr.

Strandschlößchen ✶ Merseburg.

Sonntag den 11. Mai, von nachmittags 3 Uhr:

großer BALL!

Ausgeführt vom Görlach-Orchester, Halle.

Hierzu ladet freundlichst ein A. Weiß.

Kammer-Lichtspiele!

Ab Freitag bis Montag:

Das Panzergewölbe

Das größte u. spannendste Detektivwerk, was bisher gefilmt u. gezeigt wurde. Eine Sensation der Detektivwerke.

Liebesopfer! Ergreifendes, prächtiges Lebensbild in 4 Akt. m. Maria Fein.

Hierzu ein vorzügl. Beiprogramm.

Heute Donnerstag zum letzten Mal Ströme des Lebens! mit Gesang.

---

1 P. neue Herrenschuhe (Gr. 39)

zu verk. R Brückenrain 13, pt. r.

Ein Paar halbe Lackschuhe (neu, Größe 36) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Schwarzer Damenhut

zu verkaufen Wilhelmstr. 6, pt.

Neuer brauner Togalhut

zu verkaufen. Besichtigung Kleine Ritterstraße 12, 2 Tr.

Ein großer schwarzer

Damen-Strohhut

zu verkaufen

Weißenfelser Straße 18.

1½ Dtzd. Handtücher,

neu, Leinen,

u. schwarz. Sommerhut

zu verk. Friedrichstr. 12, 2 Tr.

---

1 neuer Herrenhut (Gr. 55), 1 Hörrohr

zu verkaufen Roonstr 4, 3 Tr.

Violine

zu verkaufen. Offert. m. Preis unt. „Violine" an die Exp. d. Bl.

Feine Salon-Möbel ✶ **sowie eine echte Meißener Porzellangarnitur (43 T.)**

zu verkaufen

Halle, Königstraße 44, part.

---

2 Hängelampen zu verkaufen Roonstr. 13, I.

Eiserner Stubenofen

(mit Topfaufsatz) zu verkaufen Oberbeuna 25.

Sämtlich. Zimmerer-Handwerk, sowie ein Paar Langstiefel (Gr. 40) und ein Paar Halbstiefel zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Weinflaschen und andere Flaschen

abzugeben. Rotes Kreuz, Seffnerstraße 1.

Neue leere

Heringstonnen

sind billig zu verkaufen beim Lebensmittelamt in Frankleben, Topfmarkt 2.

Ein großer Schrank, eine große Kommode, zwei Küchenstühle, zwei Rohrstühle

umzugshalber zu verkaufen Lindenstraße 19, 1 Tr.

---

1 Fahrrad mit Gummi, 1 schw. Haarhut, weich

(Gr. 55) zu verkaufen

Gotthardtstraße 48.

Ein erstklassiger

Landauer

(Coupee), welcher in sehr gutem Zustande ist, fast neu, ohne jeglichen Fehler, steht zum Verkauf.

Franz Vogel, Radewell-Ammendorf, Hauptstraße 16.

Daselbst auch zwei sehr gute **Zughunde** zu verkaufen.

---

10 Stück 4 Wochen alte

Gänse

verkauft Wallendorf 39.

Eine neumelkende **Ziege** zu verkaufen Kriegsdorf 12.

---

ff. saure Gurken

solange der Vorrat reicht empfiehlt Anna Wippich, An der Geisel 4. Auch Küchen-Abfälle kauft u. zahlt die höchsten Preise D. O.

Wir sind ständig Käufer für größere Posten beschlagnahmefreies

Stroh, Heu, Möhr-, Kohl- und Futterrüben sowie Gemüse aller Art.

Verkäufer für:

verkehrsfreie Futtermittel, Heidekraut, Bindegarn, Maschinenöl, Wagenfett, Lederfett 2c.

Funke & Scherz,

Markt 15 : Merseburg : Markt 15

Bessere Herren können an

gutem reichlichen Mittag- und Abendtisch

∴ noch teilnehmen! ∴

Offerten unter „Mittag" an die Exped. d. Bl.

Witwer,

43 Jahre, mit 9jähr. Mädchen, wünscht sich bald zu verheiraten. Frauen im gleichen Alter bittet um ihre Adresse: Straßenwärter P. Henske, Schladebach bei Kötschau.

Welcher Schmied

mit klein. Kapital ist gewillt, eine Landschmiede mit einzurichten? Off. unt. F T 3000 a. d. Exp. d. Bl.

Die Perleberger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Perleberg

gewährt

die Weideversicherung

zu festen und billigen Prämien mit und ohne Einschluß von Blitzschlag-, Transport- und Diebstahlschäden und auf Wunsch auch nur

die Diebstahlsversicherung

auf der Weide und im Stall.

Tüchtige Herren als Vertreter gesucht.

Nähe Auskunft erteilt der Vertreter

Herr Buchhändler **Fr. Böhme, Schafstädt,**

sowie die Verbandsleitung der

Perleberger Versicherungs-Aktiengesellschaft Magdeburg: Post: Tauentzienstr. Nr. 12. Büro: Moltkestr. Nr. 4a. Fernruf 7711.

Leistungsfähige Weingroßhandlung sucht

eingeführten Vertreter.

Offerten erbeten an Rudolf Mosse, Magdeburg, unter A K 210.

Pfälzerwald-Verein e. V.

Ortsgruppe Merseburg.

2. Programm-Wanderung

am Sonntag den 11. Mai 1919.

Treffpunkt: Tivoli-Theater.

Führer: Herr Bartelsen.

1³⁰ Uhr	Abmarsch in Merseburg		
2³⁰ „	Schkopau	4.—	km
3⁰⁰ „	Sand-Corbetha	6.5	„
3²⁰ „	Rattmannsdorf	8.—	„
3³⁵ „	Neukirchen	9.—	„
4⁰⁰ „	bis 5³⁰ Uhr Röpzig	12.—	„
6⁰⁰ „	Beesen	15.—	„
6³⁰ „	Ammendorf	16.—	„

Rückfahrt mit der Straßenbahn bis Merseburg.

Gäste willkommen.

Die nächste wöchentliche Zusammenkunft findet am Freitag abend 8 Uhr im „Alten Dessauer" statt.

Wer gibt 2 jungen Herren Privat-Tanzunterricht?

Offerten unter „Tanz" an die Expedition d. Bl.

Lohnende Beschäftigung für Kriegsbeschädigte.

Zu melden zwischen 8—9 Uhr morgens Neumarkt 61.

Für aufsehenerregenden elektrogalvanischen Heilapparat wird geeigneter, fleißiger

Vertreter

gesucht. Hohes Einkommen unausbleiblich. Zuschriften erbeten u. R 1758 an Hwag. Haasenstein & Vogler, A.-G., Halle a. S.

Lokomotivführer

mit guten Zeugnissen stellt ein

Albin Neumann, Bahnbau Rössen.

---

1 Schuhmachergesellen

sucht sofort

Babst, Burgstraße 15.

Tischlergesellen

für Möbel stellt ein

H. Scholz, Breite Str. 10.

Einen jügeren

Markthelfer

sucht

Adolf Frank, Weingroßhandlung, Burgstraße 3.

Zuverlässiger

Geschirrführer

sofort gesucht.

L. Weniger, Obere Breite Straße 5.

Als

Lernende

ein Fräulein mit guter Handschrift für das Kontor gesucht.

Gutenberg-Druckerei.

---

1 perfekte Plätterin

wird gesucht Christianenstr. 16.

Anst. Arbeitsmädchen

stellt ein

Wäscherei Dammühle, Wagnerstraße 11.

Unabhängige Arbeitsfrau oder Mädchen

für leichte Garten- und Hausarbeit gesucht.

Gärtnerei Wittenbecher, Neumarkstor 1.

Gewandtes Mädchen oder einfache Stütze,

im Haushalt erfahren, kinderlieb, etwas Nähen erwünscht, jedoch nicht Bedingung, zum 1. 6. 19 gesucht. — Meldungen mit Zeugnissen und Bild an

Frau Emmy Gerhardt, Bitterfeld, Kaiserstraße 41.

Junges Mädchen

für vormittags sofort gesucht Hälterstraße 8, 2 Tr.

Ordtl. Aufwartung

gesucht Weiße Mauer 17.

Aufwartung

gesucht.

„Preuß. Adler", Rulandtstr. 6.

✶ **Aufwartung** ✶

für den Vormittag gesucht. Frau Naumann, Hirtenstr. 11.

Damenuhr gefunden!

Zu erfragen Karlstraße 13, 1 Tr., zwischen ½3—½4 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190509-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 99 — Freitag, den 9. Mai 1919 — 45. Jahrg.

Programm der Deutschen demokratischen Partei.

(Schluß.)

III. Volkswirtschaft.

1. Aufbau der Wirtschaftsordnung.

Die Stellung der Deutschen demokratischen Partei zur Wirtschaftsordnung wird von der Überzeugung bestimmt, daß auch auf diesem Gebiet das Interesse der Allgemeinheit dem des Einzelnen unbedingt vorangeht.

Eine demokratische und soziale Ausgestaltung unserer Gesamtwirtschaft ist erforderlich. Die Partei hält grundsätzlich am Privateigentum fest. Sie verwirft die unterschiedslose Überführung aller Produktionsmittel in die Hände der Gemeinschaft und hält die Sozialisierung nur dort für berechtigt, wo eine Wegräumung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendig ist oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steigerung der Produktion erzielt werden kann. Danach ist die möglichst baldige gemeinwirtschaftliche Verwertung der natürlichen Monopole, d. h. die Gewinnung und Verwertung von Gütern, die unentbehrlich und nicht in willkürlich vermehrbarer Menge vorhanden sind, sowie die Übernahme von Betrieben, die für die Wirtschaft des gesamten Volkes besonders wichtig sind, geboten. Betriebe, die künftig zur Vergesellschaftung heranreifen, müssen ihr zugeführt werden; hierbei erforderliche Enteignungen dürfen nur gegen angemessene Entschädigungen erfolgen.

In jedem Falle aber ist eine Ordnung zu treffen, die den Unternehmungsgeist nicht lähmt, sondern das Interesse auch des Einzelnen an der Wirtschaft lebendig erhält. Der persönliche Anreiz und die ins Höchste zu steigernde Tätigkeit und Tüchtigkeit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter sind und bleiben für den Wiederaufbau und die Entfaltung der deutschen Wirtschaft unentbehrlich.

2. Finanzwesen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert weitgehendste Erfassung der Kriegsgewinne; einer einmaligen Abgabe vom Vermögen zur Deckung der Kriegsschulden stimmt sie zu. Die progressive Besteuerung der Vermögen, Einkommen und Nachlässe auch für Ehegatten und Nachkommen ist geboten. Bei der Vermögens- und Nachlaßbesteuerung sind die kleinen Vermögen gänzlich freizulassen, der Familienstand und die Erwerbsfähigkeit der Steuerpflichtigen sind stets zu berücksichtigen. Fundiertes Einkommen ist grundsätzlich höher zu besteuern als Arbeitseinkommen. Der Steuerflucht muß wirksam entgegengetreten werden.

3. Sozialpolitik.

Die Deutsche demokratische Partei tritt ein für umfassende Umgestaltung der sozialen Fürsorge und erblickt in einer entschlossenen Sozialpolitik das beste Mittel zur Hebung und Stärkung der deutschen Volkskraft. Sie verlangt insbesondere Schutz der arbeitenden Frauen, Männer und Jugendlichen, Verbot der Kinderarbeit, Kinder- und Jugendfürsorge. Volks- und Arbeitshygiene. Besonderer Berücksichtigung bedürfen die gerechten Ansprüche der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsgefallenen.

Die Schaffung ausreichender und gesunder Wohnungen in Stadt und Land ist eine Lebensfrage für unser Volk. Sie ist untrennbar von einer sozialen Lösung der Bodenfrage, die keinen Aufschub duldet; diese muß den deutschen Boden ungesunder Spekulation entziehen.

Die Deutsche demokratische Partei erklärt sich für den Achtstundenarbeitstag und ausreichenden Urlaub aller in Handel und Industrie Beschäftigten. Damit die hierbei gebotene Rücksichtnahme auf den Wettbewerb am Weltmarkt nicht zum Hemmnis sozialen Fortschrittes wird, verlangt die Partei Vereinbarung eines zwischenstaatlichen sozialpolitischen Mindestprogramms.

4. Arbeitnehmer.

Alle Arbeitsverhältnisse einschließlich der Lohn- und Gehaltsfragen sind so zu regeln, daß die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft gestärkt wird.

Die politische Freiheit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen ist unvereinbar mit wirtschaftlicher Unfreiheit und Bevormundung. Die Deutsche demokratische Partei fordert deshalb neben der politischen auch die wirtschaftliche Demokratie. Sie tritt ein für Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten gesetzliche Anerkennung und wirken zusammen bei tarifmäßiger Vereinbarung und schiedsgerichtlicher Schlichtung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Streitigkeiten.

Die ununterbrochene Fortsetzung der Arbeit in gemeinnötigen Betrieben ist eine öffentliche Notwendigkeit. Die Interessen der Arbeitnehmerschaft solcher Betriebe sind durch besondere Rechtseinrichtungen vor jeder Gefährdung zu bewahren.

Der Not der Arbeitslosigkeit ist durch Schaffung einer Arbeitslosenversicherung zu steuern. Jeder Arbeitslose hat aber die Arbeit anzunehmen, die seinen körperlichen oder geistigen Kräften entspricht.

Die Angelegenheiten der Heim-, Land- und Forstarbeiter sowie der Hausangestellten sind nach ähnlichen Gesichtspunkten zu regeln, wie sie für Industriearbeiter gelten. Die Frauenarbeit ist bei gleicher Leistung grundsätzlich der Männerarbeit gleich zu entlohnen.

Arbeitnehmerräte als allgemeine Vertretung der Arbeitnehmer in der Wirtschaftsordnung erscheinen zulässig. Gemeinsam mit den Vertretungen der Arbeitgeber regeln sie die allgemeinen Produktionsbedingungen. Zu ihren Befugnissen gehört es, Anträge oder Gesetzentwürfe sozialpolitischer Art an die gesetzgebenden Körperschaften einzureichen, sowie bei der Durchführung solcher Gesetze und der Ausarbeitung ihrer Ausführungsbestimmungen mitzuarbeiten.

Die Übertragung von politischen Befugnissen auf diese Wirtschaftskörperschaften würde dem Grundsatz, daß demokratische Politik nicht Interessenvertretung, sondern Interessenausgleich ist, widersprechen und wird deshalb von der Partei abgelehnt.

Im Rahmen des Arbeitsrechts ist ein einheitliches Angestelltenrecht zu schaffen, das den besonderen Bedürfnissen der Angestelltenschaft Rechnung trägt. In größeren Betrieben sind Angestelltenausschüsse zu bilden, in kleineren Vertrauensmänner der Angestellten zu wählen.

Die gesonderte Wahl der Angestelltenvertreter in Betriebsräte, Arbeiterräte usw. durch die Angestellten ist erforderlich. Eine ihrer Bedeutung im Wirtschaftsprozeß entsprechende Anzahl von Sitzen muß ihnen eingeräumt werden.

Besondere Angestelltenkammern sind zu errichten.

Die für die Angestellten geschaffenen Einrichtungen (z. B. Versicherung, Kaufmannsgericht, Stellenvermittlung) sind zu erhalten und zu erweitern.

Der wirtschaftliche Erfolg ihrer erfinderischen Tätigkeit ist den Angestellten zu sichern.

5. Mittelstand.

Handwerk und Kleinhandel haben in einer gesunden Staats- und Wirtschaftsordnung ihren berechtigten Platz. Die Massenarbeit des Großbetriebes muß durch die persönlichen Leistungen des Kleingewerbes ihre Ergänzung finden. Die Wiederaufrichtung der durch den Krieg besonders schwer geschädigten selbständigen Kleinbetriebe ist durch Zuführung von Aufträgen, Kredit und Rohstoffen sowie durch Berücksichtigung bei staatlichen Vergebungen zu erleichtern. Den Kleinbetrieben sind durch verbesserte Organisation die wirtschaftlichen Vorteile des Großbetriebes nach Möglichkeit zu gewähren. Die berufliche Selbstverwaltung, der freiheitliche Ausbau der Handwerkskammern und der Innungen ist in die Wege zu leiten. Das öffentliche Verdingungswesen ist auf der Grundlage des angemessenen Preises und unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage des Handwerks neu zu ordnen. Die technische und kaufmännische Leistungsfähigkeit des Handwerks muß gehoben, die Mitwirkung seiner Berufsvertretungen im Fach- und Fortbildungsschulwesen erweitert werden.

Die Deutsche demokratische Partei ist sich der besonderen Bedeutung einer blühenden Landwirtschaft für unser Volk bewußt. Sie unterstützt daher alles, was zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und zur besseren Ausnutzung des deutschen Bodens beizutragen geeignet ist. Ein zahlreicher selbständiger Bauernstand ist für die Erhaltung der deutschen Volkskraft unentbehrlich. Ihn gilt es daher zu festigen, zu vermehren und eine gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben zu erreichen. Zur Durchführung einer großzügigen Siedlungspolitik ist staatlicher und privater Grundbesitz in Anspruch zu nehmen. Auch dem Landarbeiter muß der Erwerb von Eigenland erleichtert werden. Alle Feudalrechte, insbesondere Fideikommisse, sind zu beseitigen. Die veraltete Bodenklasseneinteilung ist nachzuprüfen, die gleiche Bodenqualität in Klein- und Großbetrieben gleichmäßig zu besteuern. Die großen Staats- und Privatforsten sind für die Zwecke der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist nachdrücklich zu pflegen und auszubauen.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 7. Mai. Am Sonntag tagte hier die Bezirkskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Es waren 37 Ortsgruppen vertreten. — Hier wurde eine Ortsgruppe des Bundes angestellter Chemiker gegründet. Damit ist Halle dem Vorgehen Berlins und anderer Mittelpunkte der deutschen chemischen Industrie gefolgt. — Am Montag nachmittag traf ein Zug mit 297 verwundeten Kriegsgefangenen aus Frankreich hier ein. Von diesen blieben 150 in Halle und fanden Aufnahme in den hiesigen Lazaretten. Die nach so langer schmachvoller Zeit in die Heimat zurückgekehrten Landsleute wurden am Bahnhof mit herzlicher und liebevoller Teilnahme, durch Blumen und sonstige Liebesgaben, empfangen.

† **Halle**, 7. Mai. Zur Linderung der Wohnungsnot hat der hiesige Bauverein e. G. m. b. H. mit der Errichtung von 40 Einfamilienhäusern begonnen. Wenn auch zwar die Beschaffung der Baumaterialien große Schwierigkeiten bereitet, so ist doch damit zu rechnen, daß die 40 Häuser im Oktober bezogen werden können.

† **Weißenfels**, 7. Mai. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden allen Kindern der hiesigen Volksschulen die Schreibhefte, Zeichenblocks und Handarbeitsutensilien unentgeltlich geliefert. Ein Antrag, sämtliche Lehrmittel zu liefern, wurde nur deshalb abgelehnt, weil der Haushaltsetat der Stadt für 1919 bereits fertiggestellt und angenommen war.

† **Bitterfeld**, 7. Mai. In der Nacht zum Sonntag wurde auf hiesigem Bahnhofe ein Unteroffizier vom Infanterie-Regiment 133 aus Zwickau, der einen Gefangenen nach Potsdam bringen sollte, überfallen und seiner Dienstpistole und Munition beraubt. Der Gefangene wurde von der aus etwa 10 Personen bestehenden Menge befreit und entkam.

† **Frankenhausen** (Kyffhäuser), 7. Mai. Der Sozialdemokratische Verein Frankenhausen nahm einen Antrag an, der den jetzigen Landtag ersucht, zu beschließen, daß die Gemeindeordnung für Schwarzburg-Rudolstadt dahin abgeändert wird, daß die in den Städten gewählten Ersten Bürgermeister erst ein Jahr Probedienst abzulegen hätten, ehe ihre definitive Anstellung auf 12 Jahre erfolgt.

† **Tangermünde**, 7. Mai. Gestern nacht stürmten die hiesigen Arbeiter wiederum das Proviantamt, wobei den Plünderern 713 Faß Honig, 500 Sack Hafer und eine große Anzahl Zigarren und Rauchtabak in die Hände fielen. Dienstag vormittag rückte eine Eskadron der in Stendal garnisonierenden Torgauer Husaren in Tangermünde ein. Haussuchungen sind im Gange.

† **Stendal**, 7. Mai. Die 12. Husaren sind von Torgau nach hier verlegt. Der Grund dieser Verlegung ist, daß Stendal gute Bahnverbindung nach allen Richtungen hat und die Truppe erforderlichenfalls von hier aus schnell nach anderen Plätzen zur Verfügung gestellt werden kann. — Außerdem sollen 500 Landesjäger nach Stendal verlegt werden.

† **Ziesar**, 7. Mai. Vom Blitz erschlagen wurde bei einem plötzlich auftretenden Gewitter auf dem Wolliner Wege die 14jährige Altenkirch aus Wollin, die mit ihren Geschwistern mit einem Hundewagen auf der Heimfahrt begriffen war. Der Schlag traf auch den Hund tödlich. Die jüngere Schwester und der Bruder wurden vorübergehend betäubt.

† **Rudolstadt**, 7. Mai. Durch ministerielle Verfügung vom 10. April dieses Jahres ist die achtstündige Arbeitszeit für alle im Staatsdienst beschäftigten Beamten angeordnet worden. Des weiteren stehe eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer an allen Schulen des Landes unmittelbar bevor. Gegen diese Maßnahme erhob eine hier stattgefundene Mitgliederversammlung des Beamtenverbandes von Schwarzburg-Rudolstadt einmütig schärfsten Einspruch.

† **Gräfenthal**, 7. Mai. In Hasenthal wurden die beiden 11 und 9 Jahre alten Kinder des Gasmeisters Resch erstickt in der Badestube aufgefunden. Wie dem „Saalfelder Kreisblatt" gemeldet wird, haben sich die Kinder wahrscheinlich am Gashahn zu schaffen gemacht und durch das ausströmende Gas ihren Tod gefunden. — Das 2jährige Kind der ledigen Sch. in Hasenthal fiel in ein Gefäß mit heißem Wasser und erlitt so schwere Verbrennungen, daß es starb.

† **Koburg**, 7. Mai. In der von Saatzucht-Inspektor Rottenkolber auf der Rößlermühle Marktredwitz eingerichteten Schweinezüchterei brachte ein Mutterschwein 24 Junge zur Welt.

† **Kassel**, 7. Mai. Die Maschinenfabrik von Henschel & Sohn in Kassel hat im Monat Februar 77 Lokomotiven herstellen und abliefern können gegen 30 Lokomotiven im November.

Vermischtes.

* **Generalfeldmarschall Hindenburg** wird nach seinem Rücktritt von der Obersten Heeresleitung wieder an seinen früheren Wohnsitz Hannover zurückkehren. Der Marschall erklärt, daß er nicht beabsichtige, Memoiren zu schreiben.

* **Die Friedensfeder.** Aus Paris wird gemeldet: Die goldene Feder, mit der Clemenceau den Frieden unterzeichnen wird, wurde am Montag von den Schülern des Jules-Ferry-Lyceums überreicht. Die Feder trägt das belgische, italienische, englische und amerikanische Wappen, sowie den gallischen Hahn, der den Sieg verkündet, mit der Jahreszahl 1919, außerdem das Wort „Pax", das mit Rubinen und Brillanten in die Feder eingelegt ist.

Gewinn-Auszug der 13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 1. Ziehungstag — 7. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 100000 M 92592
2 Gewinne zu 10000 M 4795
6 Gewinne zu 5000 M 24030 34258 66684
96 Gewinne zu 3000 M 1064 6661 7892 10507 11249 13978 15629 32425 51809 52479 59475 61566 61796 73291 73812 80300 85654 88553 93097 97431 108279 109570 126276 127240 143220 151917 152215 153391 154724 156099 156803 164471 168523 184686 184687 192830 193246 196777 203079 208565 209573 212360 216031 218944 223287 225246 226123 230597
154 Gewinne zu 1000 M 5988 7589 14113 16224 16648 17611 18774 25753 27557 28331 33975 43212 45131 51012 55943 61059 61238 65204 67590 70057 71904 72664 73770 77318 81543 83178 90675 93055 98177 101908 106513 107151 107595 110414 117950 120792 121136 123440 130564 131468 135187 138650 143705 145468 146570 148311 154792 155280 156077 158698 162311 168343 171407 172964 177969 183286 188753 193833 196635 198093 203592 203879 206076 206362 207838 217289 218489 219166 219790 220415 221898 222118 223291 224519 225646 229599 229923
210 Gewinne zu 500 M 3101 4311 5109 6775 7975 8035 11847 12246 13562 14739 15211 20018 21090 22973 24204 28146 31611 35236 37233 43009 49869 50341 51503 51180 57338 58508 58963 62791 63102 64907 71529 72202 72840 79072 83200 83624 84803 87786 89577 89713 90138 92642 92924 94580 102975 103556 103684 104352 105006 105929 107144 108517 110320 111761 114364 114458 115074 117008 120958 131489 133034 134818 135289 138132 139247 139378 139979 145585 148050 150722 151347 151895 152243 156483 158024 161100 162604 164714 168496 174212 175020 175219 179944 181152 181275 182770 188791 191390 195626 199617 201189 201215 202251 206673 209425 209311 212164 214041 214325 214406 215373 222259 224043 228127 232131

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 30000 M 154672
2 Gewinne zu 10000 M 184146
6 Gewinne zu 5000 M 12853 23134 77610
86 Gewinne zu 3000 M 6119 12344 37735 38809 47377 55574 57094 59598 66737 74455 75430 81394 83388 99466 101372 101490 106612 116092 116339 120259 120306 121240 124053 124164 125782 127141 130397 141455 143039 148722 156639 162543 171153 179513 192589 203320 204109 206368 207495 212623 215223 225481 226711
180 Gewinne zu 500 M 208 6046 7360 7707 11213 11846 12498 17781 19723 25039 25467 25387 26566 27944 29243 39558 34635 47229 48226 50360 51896 52044 52095 52454 56479 59207 61114 63581 64138 64690 66712 77641 77172 80355 87383 87640 88479 91424 91650 94715 97676 97924 101078 101272 102093 108961 110745 120421 122790 123085 128946 128227 128413 132055 134699 138922 145767 159940 166910 172442 177082 177219 182767 186520 186902 188316 188860 189631 191154 192363 193009 198191 199211 207740 209920 211268 214967 215863 217211 222000 222057 224149 228088 228348 229210 229522 229743 231428 231588 231753
160 Gewinne zu 1000 M 394 4482 4490 5937 7766 9964 12550 21703 26546 26394 29502 33649 37725 38063 40070 52361 52020 57732 59345 61243 61585 62908 67674 77185 77308 78172 78198 81045 81200 84377 87262 91777 98353 99921 100018 102616 106202 109405 109687 112128 112222 112532 119876 124401 126428 127161 133711 133945 138220 141023 142512 144822 147111 151957 151675 153234 162779 163212 165471 169921 171257 174019 174312 177769 185497 185722 196838 195269 195554 195335 198610 202173 202613 206691 209223 [illegible]

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

So saß sie in tiefe Gedanken verloren, bis sie plötzlich aufgeschreckt wurde. Das Schnaufen eines Pferdes tönte an ihr Ohr. Auf dem weichen Waldboden hatte sie es nicht herankommen hören. Nun trat es ganz dicht neben ihr zwischen den Bäumen hervor. Sie sah erst den Pferdekopf, dann das ganze Pferd — und dann auch den Reiter, den das Pferd trug.

Und sie zuckte zusammen und sah wie gelähmt in das gebräunte, schmale Männerantlitz, das sie im Geiste jetzt immer vor sich sah.

Auch Graf Detlev erblickte in demselben Augenblick die junge Dame dicht vor sich auf dem Baumstumpf.

Er zuckte ebenfalls zusammen und hielt mit einem Ruck sein Pferd an. In seinen Augen leuchtete es auf, und dann versanken die beiden Augenpaare wie in atemlosen Staunen ineinander. Groß und ungläubig, wie im Traume sahen sie sich an, als faßten sie nicht, daß sie sich wirklich hier wiedersahen.

Und dann sprang Graf Detlev plötzlich mit einem halb erstickten Ausruf aus dem Sattel und trat nahe an Liane heran.

„Mein gnädiges Fräulein — an Waldfeen und andere trügerische Zauberwesen glaube ich nicht — sonst müßte ich Sie für ein solches halten," stieß er erregt hervor.

Liane war erst blaß geworden und nun stieg zu seinem Entzücken das Blut verräterisch in ihr Antlitz.

„Herr Greifenberg — Sie sind —?"

Sie brach ihre Frage jäh ab und sah nach Schloß Greifenberg hinüber. Eine seltsame Ahnung stieg in ihr auf. Sein vornehmes distinguiertes Wesen — seine Ähnlichkeit mit Onkel Joachim — ihr Herz klopfte hastig und laut. Sie wußte von Onkel Joachim, daß sein Neffe auf Schloß Greifenberg wohnte.

Wie gelähmt saß sie und blickte fassungslos zu ihm auf.

Er atmete tief auf, als müsse er sich Luft schaffen für das unsinnige Glücksgefühl, das ihn bei ihrem unerwarteten Anblick durchtobt.

„Ich stehe vor Ihnen wie vor einem Wunder, mein gnädiges Fräulein, und ich fürchte noch immer, Sie könnten plötzlich wie ein Zauberspuk in Nichts zerrinnnen. Aber nein — Sie sind es wirklich. Das Fatum hat uns also doch ein Wiedersehen bestimmt."

Mühsam kamen die Worte aus seiner Brust.

Sie suchte sich zu fassen.

„Es scheint so! Ich hätte mir allerdings nicht träumen lassen, daß ich Ihnen hier begegnen würde", sagte sie mit einem schwachen Lächeln.

Er nahm die Reitmütze ab, als sei ihm zu heiß und steckte sie in die Tasche.

„Nein —ich hätte es mir auch nicht träumen lassen, obwohl — ja — obwohl ich eben jetzt ziemlich lebhaft an Sie dachte. Das ist keine Phrase. So lebhaft dachte ich an Sie, daß ich glaubte, meine Gedanken hätten Gestalt angenommen, als ich sie hier sitzen sah. Wie seltsam! Erst begegnete ich Ihnen am Wannsee, dann in Pension Wesemann — und nun hier. Überall hätte ich Sie mit meinen Gedanken gesucht, nur nicht hier im Greifenberger Wald."

Sie sah sich ängstlich um.

„Ist dies Greifenberger Wald?"

„Ja."

„Das wußte ich nicht. Und Sie — wie kommen Sie hierher?"

Ein leises Lächeln huschte um seinen ausdrucksvollen Mund.

„Verzeihen Sie, wenn ich erst jetzt ein Inkognito lüfte, das ich auf Reisen stets aus Bequemlichkeit führe. Ich bin Graf Rastenau. Auf den Namen Greifenberg habe ich ebenfalls Anspruch, und da ich auf Schloß Greifenberg wohne, nenne ich mich auf Reisen Greifenberg."

Liane biß die Zähne fest in die Lippen, um keinen Laut herauszulassen. Ihr Herz schlug laut und schwer. Was eben noch wie eine Ahnung ihre Seele durchdrungen hatte, war Wahrheit — der Mann — den sie liebte, — war Onkel Joachims Neffe.

Sie strich sich über die Stirn.

„Sie sind Graf Rastenau — Graf Detlev Rastenau?" entfuhr es ihr.

Es fiel ihm nicht auf, daß sie seinen Vornamen kannte. Er verneigte sich.

„So ist es, gnädiges Fräulein."

Krampfhaft preßte sie die Hände zusammen und sah vor sich hin.

„Dann befinde ich mich also hier auf Ihrem Grund und Boden, Graf Rastenau?

In Vertretung meines Onkels bin ich allerdings jetzt Herr auf Greifenberg. Aber Sie zürnen mir sicher, daß ich unter falscher Flagge segelte, als wir uns kennen lernten."

Sie hatte endlich ihre Fassung wieder zurückgewonnen und sah ihn mit ihren schönen Augen seltsam an.

„Sie hatten keinerlei Verpflichtung, mir gegenüber ein Inkognito zu lüften, das Sie draußen in der Welt fremden Menschen gegenüber zu benutzen pflegen. Ich bin nur etwas fassungslos, weil diese Begegnung mir ganz unerwartet kam."

„Schicksal, mein gnädiges Fräulein. Das Schicksal hat es gewollt", erwiderte er mit verhaltener Stimme.

Sie strich das Haar aus der Stirn und ergriff ihren Hut. Langsam erhob sie sich. Sie hatte ein Gefühl, als müsse sie fliehen vor diesem Fatum. Und doch hafteten ihre Füße schwer am Boden.

Sich zu einem leichten Ton zwingend, sagte sie:

„Ich bewunderte eben Schloß Greifenberg in seiner malerischen Schönheit, ohne zu ahnen, daß es von Ihnen bewohnt wird."

Auch er zwang sich zu einem leichten Tone.

„Das Rätsel meines Hierseins ist also nun gelöst. Wie aber soll ich mir denn Ihre Anwesenheit auf Greifenberger Boden deuten?"

Sie richtete sich auf, als müsse sie sich gegen ein feindliches Gefühl zur Wehr setzen.

„Das ist schnell erklärt, Graf Rastenau. Ich bin in Brinkenhof als Gesellschafterin Fräulein von Brinkens engagiert", sagte sie stolz und ruhig.

Er fuhr betroffen zurück.

„Sie sind Fräulein Hannas Gesellschafterin? Unmöglich!" sagte er fassungslos.

„So ist es. Warum scheint Ihnen das so unmöglich?"

Er strich sich über die Stirn.

„Wenn Sie mir gesagt hätten, Sie seien eine Fürstentochter, dann hätte ich das ohne weiteres geglaubt. Aber eine Gesellschafterin? — Doch halt — da fällt mir ein, daß Fräulein Hanna mir erzählte, ihre Gesellschafterin habe diese Stellung nicht angenommen, um sich ihr Brot zu verdienen, sondern nur, um Familienanschluß zu erhalten. Weil Sie allein stehen, suchten Sie den Schutz einer Familie. Deshalb nur nahmen Sie diese bescheidene Position an, zu der Ihre stolze Persönlichkeit so gar nicht paßt. Ist es nicht so?"

Sie neigte das Haupt.

„Es ist so, wie Sie sagen."

Mit einem seltsamen Lächeln sah er sie an.

„Wenn ich Sie so vor mir sehe und denke mir Hanna von Brinken an Ihre Seite — überhaupt — wenn ich Sie mir in die schlichten Verhältnisse auf Brinkenhof hineindenke, dann muß ich sagen, daß eine so königliche Gesellschafterin nicht dorthin paßt."

Ihre Lippen zuckten.

„Sie vergessen wohl, Graf Rastenau, daß ich ein schlichtes Bürgermädchen bin."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190509-18/fragment/page=0005

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 9. Mai d. Js.
bei Hoffmann, Brühl 6,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1401—1500
" " 3—4 " " " " 1501—1600
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 8. Mai 1919.
L A I 453/19 Das städtische Lebensmittelamt.

Bestimmungen

für die Wahlen zum Kreistage.

Nachdem der Herr Minister des Innern durch Erlaß vom 1. Mai 1919 angeordnet hat, daß für den Wahlverband der Landgemeinden und Gutsbezirke im Kreise Merseburg ein einheitlicher Wahlbezirk gebildet werde, hat der Kreisausschuß in seiner heutigen Sitzung in Abänderung seiner Verordnung vom 26. März 1919 folgendes beschlossen:

1.

Der Kreis Merseburg mit Ausnahme der Städte Merseburg, Schkeuditz, Lützen, Lauchstedt und Schafstädt sowie der Landgemeinde Lapitz wird für die Wahlen zum Kreistage zu **einem** Wahlbezirk zusammengeschlossen, welcher 22 Abgeordnete im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen hat.

2.

Die Wahlen finden gemäß § 5 Absatz 8 der Verordnung betr. die Zusammensetzung der Kreistage vom 18. Februar 1919 [G. S. S. 23] in Verbindung mit den Bestimmungen der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 [R. G. Bl. S. 1353] im ganzen Kreise am

Sonntag den 25. Mai 1919

statt und zwar im Wahlverbande der Landgemeinden und Gutsbezirke in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

3.

Für den Wahlverband der Landgemeinden und Gutsbezirke gelten außerdem folgende Bestimmungen:

a) Die Frist für die Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge wird auf 14 Tage vor dem Wahltag festgesetzt. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am 10. Tage vor der Wahl beim Wahlkommissar eingereicht sein.
b) Die Verbindung der Listen und die Beseitigung von Mängeln der Wahlvorschläge ist, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, bis zum 7. Tage vor der Wahl zulässig.
c) Die Veröffentlichung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen hat spätestens am 5. Tage vor der Wahl durch den Wahlkommissar zu erfolgen. Nach der Bekanntgabe ist die Zurücknahme der Wahlvorschläge oder die Aufhebung ihrer Verbindung nicht mehr zulässig.
d) Zum Wahlkommissar wird der Kreissekretär Robert Kürsten in Merseburg, Landratsamt, ernannt.
e) Für die Prüfung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen, sowie für die Ermittelung des Wahlergebnisses hat der Wahlkommissar einen Wahlausschuß zu bilden, der aus ihm und vier Beisitzern besteht. Der Wahlausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Für jeden Beisitzer ist ein Stellvertreter zu ernennen.
f) Die in der Verordnung vom 26. März 1919 gebildeten Stimmbezirke, die in dieser Verordnung erfolgte Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie die Bestimmung der Wahlorte und Wahllokale bleiben bestehen. Soweit auf Grund der Verordnung vom 26. März d. J. die Wahlvorsteher bereits Beisitzer und Schriftführer ernannt haben, bleiben auch diese Ernennungen bestehen.

Merseburg, den 5. Mai 1919.

Der Kreis-Ausschuß.
Dr. Mosle. Graf Waldeck. U. von Trotha. Hertzog.

Bekanntmachung

betreffend Wahlen zum Kreistag.

Durch obigen Beschluß des Kreisausschusses vom 5. Mai 1919 bin ich zum Wahlkommissar für die am 25. Mai ds. Js. stattfindenden Wahlen zum Kreistag und zwar für den Wahlbezirk des Wahlverbandes der Landgemeinden und Gutsbezirke bestellt.

Wählbar zum Mitgliede des Kreistages ist im Wahlverbande der Landgemeinden jeder im Besitze des Gemeindewahlrechts befindliche Einwohner einer kreisangehörigen Landgemeinde oder eines kreisangehörigen Gutsbezirkes. Dazu ist stets mindestens ein 6 Monate langer Wohnsitz im Kreise erforderlich.

Das Gemeindewahlrecht haben alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben. Ausgeschlossen vom Wahlrecht und deshalb auch nicht wählbar ist

a) wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
b) wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

Im Wahlbezirk der Landgemeinden und Gutsbezirke sind 22 Kreistagsabgeordnete zu wählen.

Ein Bewerber darf nur einmal vorgeschlagen werden. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 15 im Wahlbezirk zur Ausübung der wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Es ist zu beachten, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen dürfen.

In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar, zur Rücknahme des Wahlvorschlages sowie zur Abgabe von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Anzuschließen sind den Wahlvorschlägen:

1. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag;
2. Bescheinigung des Gemeinde- bezw. Gutsvorstehers daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Die Wahlvorschläge sind bis zum 15. Mai 1919, nachm. 1 Uhr, bei mir einzureichen; die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander muß mir von den Unterzeichnern oder den Vertrauensmännern übereinstimmend bis zum 18. Mai 1919, nachm. 1 Uhr, schriftlich erklärt werden. Bis zu letzterem Termin können auch die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen beseitigt werden. Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind, oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen, können nicht zugelassen werden.

Zu Beisitzern des Wahlausschusses habe ich folgende Herren berufen:

1. Ortsrichter Thieme in Wehlitz;
2. Werkmeister Patzschke in Kolonie Rössen;
3. Ortsrichter Schlegel in Meuschau;
4. Amtsvorsteher Cornelius in Lössen.

Zu Stellvertretern bei deren Behinderung die Herren:

1. Köllner in Keuschberg;
2. Maurer Albert Müller in Kötzschen;
3. Ortsrichter Kellermann in Blösien;
4. Ortsrichter Zeitz in Knapendorf.

Merseburg, den 5. Mai 1919.

Der Wahlkommissar für die Wahlen zum Kreistag im Wahlbezirk des Wahlverbandes der Landgemeinden und Gutsbezirke. Kürsten, Kreissekretär.

Gras-Verpachtung.

Die Grasnutzung im Wilmowski-Garten soll in diesem Jahre in Parzellen von je 250 qm zum Preise von 1 Pf. für den qm neu verpachtet werden.

Bei der Verpachtung sollen in erster Linie Kleintierhalter berücksichtigt und von diesen wieder solche bevorzugt werden, die weder Eigentümer noch Pächter von Ackerland, Gärten oder dergl. sind. Bewerber wollen sich spätestens

bis Montag den 12. Mai d. J., nachmittags 1 Uhr,

im Magistrats-Geschäftszimmer, Rathaus, 2. Obergeschoß (Registratur), melden.

Merseburg, den 7. Mai 1919. Zu II 281/19
Der Magistrat.

Zur Aufstellung von Vermögensverzeichnissen nach den neuesten behördlichen Anordnungen unter Wahrung aller Rechte der Verpflichteten empfiehlt sich Treuhanddirektor a. D. B. H. **Mueller, Merseburg, Poststraße 5,** 1 Tr.: Fernspr. 561.

Die Merseburger Aerzte haben beschlossen, die Sonntagsruhe in der Weise einzuführen, daß die Sprechstunden ausfallen und sich zwei Aerzte nur für Notfälle gegen Zahlung der doppelten Taxe bereit halten. Die Namen der jedesmal diensttuenden Aerzte werden durch Anschlag in der Wohnung der Aerzte bekannt gegeben.

Die Aerzte der Stadt Merseburg.

Meine Sprechstunden
liegen jetzt
10—12 vorm. und 5—6 nachm.
Sonntags keine Sprechstunden.
Frau Dr. med Greue-Bäumer,
Halle a. S., Martinsberg 4.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Kundschaft von Niederbeuna und Umgegend zur Kenntnis, daß ich die

Stellmacherei

meines verstorbenen Mannes mit dem heutigen Tage wieder in Betrieb setze und die Leitung des Geschäfts dem Stellmachermeister Alfred Lenz übertragen habe.

Ich bitte, das meinem Manne entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.

Niederbeuna, den 8. Mai 1919.
Hochachtungsvoll
Ww. Martha Schone.

1 Transport
Läuferschweine
steht von heute ab zum Verkauf.
Ernst Baumann, Gotthardtstr. 30.

Neues Schützenhaus.
Sonntag den 11. Mai, 3 Uhr nachm.,
großer Ball
bei vollbesetztem Orchester.
Es ladet freundl. ein Herm. Eilenberger.

Gesellschaftsverein
„NEU-AMICITIA“
Die verehrlichen Mitglieder nebst ihren werten Damen werden am Freitag den 9. Mai, abends 7 Uhr, nach dem „Raben“ zu Schkopau zu einer Zusammenkunft höflichst eingeladen. Der Vorstand.

„Casino“
Merseburg.
Freitag den 9. Mai d. J., Beginn ¾8 Uhr
Große Vorstellung
der
Leipziger Varietee-Bühne.
Direktion: Max Götze.
Ganz neues, erstkl. Programm.
2 neue Possen:
„Die schöne Galathe“ und „Aus dem Regen in die Traufe“

Deutsche demokratisch. Partei
Ortsverein Merseburg.
Freitag den 9. Mai d. J., abends 8 Uhr im „Tivoli“
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Vereinstätigkeit.
2. Bezirks-Vorstandssitzung in Halle.
3. Beratung über die Vereinssatzungen.
4. Programmentwurf der Deutschen demokratischen Partei.
5. Kassenbericht.
6. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreicher Besuch erforderlich. Parteifreunde, die sich der Organisation anschließen wollen, sind willkommen.
Der Vorstand.
K. Koerlin. Fr. Rößner. Kath. Barow.

Männer-Turnverein
Sonntag, den 11. Mai
Turnfahrt
Weißenfels—Langendorf. Abf. m. Elektr. früh 5[45] Uhr v. Frankleben. Mitgl., welche zur Bethmannfeier d. Eisenb. 8[05] benutzen, wollen sich d. Erlaubnis wegen bis Sonnabend abend 6 Uhr b. Kassenwart Friedrichstr. 24, I Tr. melden und Fahrgeld einzahlen.

Verein d. Gastwirte von Merseburg u. Umgegend
Dienstag den 13. Mai, nachmittags 3½ Uhr,
Haupt-Versammlung
im Restaurant „Hohenzollern“.
Der Vorstand.

Ev. Arbeiter-Verein
Sonntag den 11. Mai Ausflug nach Löpitz. Daselbst Preiskegeln und Tänzchen. Abmarsch pünktlich 2 Uhr Sächsischer Hof. Der Vorstand.

Freiwill. Feuerwehr
(2. Pion.-Komp.).

Mittwoch den 14. d. M., abends 7½ Uhr
Uebung.
Vollständiges Erscheinen erwünscht.
Der Brandmeister.

Tomaten
starke Pflanzen mit Topfballen
verkauft
in Gärtnerei u. Blumengeschäft
Trebst / Fernruf 10.

Schweinefutter
(Mohr- und Kohlrüben-Abfälle)
gibt billigst ab
Gefangenenlager Merseburg,
Küchenverwaltung.

Fuhren
aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw.
besorgt **Emil Jentsch,**
Neumarkt 76.

Achtung!
Frauenhaar, Roßhaar, Kaninchenfelle, Lumpen- und Alt-Metalle kauft zu höchsten Preisen
Frau Irmisch, Johannisstr. 16, pt

Zeitungs-Papier
kauft jeden Posten
Gärtnerei Wittenbecher,
Neumarktstor 1.

Cinophon-Theater
Fernruf 215 : Große Ritterstraße 1 : Fernruf 215

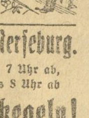
Ab Freitag bis Montag:
Der Kurier der Bank!
Detektivdrama in 3 Akten.
Gezwungene Liebe!
Ergreifendes Drama in 4 Akten.
Fräulein Piccolo!
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle Dorrit Weixler.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Merseburg.
Am Freitag den 9. Mai 1919 in der „Guten Quelle“ in Merseburg, (Saalstraße) abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Punkt Vorstandswahl.
2. " Kassenbericht.
3. " Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Die Ortsverwaltung.

Verein Ansiedlung „Ost“
Ortsgruppe Halle (S.).
Sonnabend den 10. Mai, abends 7½ Uhr,
im „Tivoli“ in Merseburg:
große öffentliche
Volksversammlung
Thema:
Deutschland und Rußland.
Referent: Genosse Göpel, Halle.
Hierzu sind alle Genossen und Genossinnen, sowie Interessenten des Vereins willkommen. Der Vorstand.

Tivoli.
Mittwoch den 14. Mai, 7½ Uhr abds.;
Einmaliger
Lustiger Abend
von
Curt Wilcke
dem gefeierten Liebling des Stadttheaters Halle.
Heitere Vorträge und lustige Lieder zur Laute.
Curt Wilcke erzielte mit seinen Lustigen Abenden überall nur ausverk. Häuser.
Preise der Plätze:
2,50 M., 1,75 M, 1 M. Vorverkauf bei Frahnert, Ritterstraße.

Achtung! * Achtung!
Sonntag den 11. Mai d. J.
großes Tanzvergnügen mit Geld-Preiskegeln
in Frankleben bei Siebeck.
Kegelklub „Gut Holz“.



Achtung! · Strandschlößchen Merseburg.
Sonnabend den 10. Mai, von abends 7 Uhr ab,
Sonntag den 11. Mai, von vormittags 8 Uhr ab
großes Geld-Preiskegeln!
Hierzu ladet freundlichst ein Kegelklub „Kurrant“.

Soeben eingetroffen:
Elsässer Hemdentuch
80/82 cm breit, für Leib- und Bettwäsche,
Mtr. M. 12,75.
Brummer & Benjamin, Halle a. S.

Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 3,10 M.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 99 | **Freitag, den 9. Mai 1919.** | **45. Jahrg.**

Die Friedensverhandlungen in Versailles.

Die Friedensbedingungen.

über den

Inhalt des Friedensvertrages

wird nach Angabe englischer Blätter folgende Zusammenfassung veröffentlicht:

Deutschland darf zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensschlusses nur noch 100 000 Mann Soldaten, davon 30 000 Mann Kavallerie, 4000 Offiziere besitzen. Es wird Deutschland nur die freiwillige Dienstnahme zugestanden. Auch die deutschen Rüstungen sollen aufs äußerste beschränkt werden. Alle Verstärkungen und Befestigungen 50 englische Meilen östlich des Rheins müssen geschleift werden.

Die deutsche Flotte darf nur aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedobootszerstörern und 12 Torpedobooten bestehen. Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedens dürfen die deutschen Seestreitkräfte keine U-Boote mehr enthalten. Alle anderen Kriegsschiffe müssen in Reserve gestellt oder zu Handelsschiffen umgewandelt werden. Die Flottenbesatzung darf höchstens 15 000 Mann betragen. Darunter befinden sich 1500 Offiziere und Deckoffiziere. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Hafen muß für Handelsschiffe derjenigen Staaten, die mit Deutschland im Frieden leben, mit absoluter Gleichheit offenstehen.

Die Luftstreikräfte Deutschlands sollen zunächst auf höchstens 100 Wasserflugzeuge beschränkt werden. Diese dürfen bis zum 1. Oktober zum Aufsuchen von Minen gehalten werden; danach darf Deutschland keine militärischen und maritimen Luftstreitkräfte mehr besitzen und keine Flugzeuglager innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometer von der deutschen Grenze unterhalten. Die bestehenden Flugplätze innerhalb dieser Zone müssen abgebrochen und der Boden umgepflügt werden.

In Schleswig wird ein Referendum abgehalten werden über den Anschluß an Deutschland oder Dänemark.

In der Frage der deutschen Kolonien wird von Deutschland gefordert, daß es zugunsten der fünf Alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden Kraft des Mandats des Völkerbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden.

Deutschland verzichtet betreffs Marokko auf alle Rechte und Privilegien, die aus der Algecirasakte von 1906 und aus dem französisch-deutschen Verträgen von 1900 und 1911 sich ergeben. Alle Abmachungen zwischen Deutschland und dem Reiche des Scherifs werden für ungültig erklärt.

Die 15 deutschen Übersee-Kabel müssen zur Verfügung der Verbündeten gestellt werden.

Die Verbündeten klagen den früheren deutschen Kaiser keines Verstoßes gegen die Strafgesetze an, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moralität und der Heiligkeit von Verträgen.

Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um darüber das Urteil zu fällen.

Die übrigen anzuklagenden Personen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Wie Reuter meldet, enthält der Vorfriedensvertrag auch eine Klausel, durch die Deutschland verpflichtet wird, die Selbständigkeit Deutsch-Österreichs anzuerkennen.

Die wichtigsten Gebietsabtrennungen.

Die territorialen Bestimmungen des Friedensentwurfs enthalten außer dem dauernden Verzicht auf Elsaß-Lothringen einen 10jährigen Verzicht auf Kehl und den Verzicht auf alle Rheinbrücken bis zum rechten Ufer, ferner den Verzicht auf das Saarbecken einschließlich erheblicher Teile der bayerischen Pfalz auf 15 Jahre mit endgültigem Verlust der Gebietshoheit, wenn die Saarbergwerke nach Ablauf der Frist nicht in Gold zurückgekauft werden oder das Plebiszit für Frankreich entscheidet, sodann den Verzicht auf Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet sowie die Kreise Eupen und Malmedy an Belgien, ferner den Verzicht auf Oberschlesien, Posen mit Lissa, Birnbaum und Schneidemühl, auf Westpreußen mit Thorn, Graudenz und einem breiten Streifen bis zur Ostsee von westlich Elbing bis westlich der Putziger Nehrung einschließlich Neustadt und Danzig zugunsten Polens, endlich eine Abstimmung in Nord- und Mittelschleswig nach drei Zonen. Nordschleswig soll im ganzen, die beiden südlichen Zonen sollen nach Gemeinden mit einfacher Mehrheit abstimmen.

Das Meiste von dem, was der Auszug aus den Friedensbedingungen uns kundtut, ist uns nicht mehr neu, aber er bringt doch auch noch einiges, worauf wir selbst nach den tollsten Ankündigungen der Pariser Presse nicht gefaßt zu sein brauchten. Unter Teilnahme und also doch auch unter Duldung und mindestens vorläufiger Gutheißung des Präsidenten Wilson als des Apostels eines Rechts- und Versöhnungsfriedens hat es die Pariser Konferenz verstanden, auch die schlimmsten Erwartungen der Schwarzseher in vielen
[illegible] im Augenblicke unmög-
[illegible] che Einzelheiten einzu-
[illegible] ausgesprochen werden:
[illegible] keinen Umständen
[illegible] erzeichnete, würde nicht
[illegible] ondern auch die Ideale
[illegible] des Wilsonschen Pro-
[illegible] t hat, und die Wilson
[illegible] wollen scheint.

[illegible] ungen.

[illegible] anischer Quelle erfährt,
[illegible] des Friedensvertrages
[illegible] ungen bekräftigen, daß
[illegible] alle Schäden und Ver-
[illegible] liierten und assoziierten
[illegible] ht wurden, durch den
[illegible] fgezwungen wurde.
[illegible] gen anerkennen, daß die
[illegible] ndlichen Staaten
[illegible] Schäden in vollem Um-
[illegible] assoziierten Regierungen
[illegible] g, die die Verpflichtung
[illegible] die der Zivilbevölkerung
[illegible] Gütern durch den An-
[illegible] sacht wurde.
[illegible] gemacht werden müssen,
[illegible] mission festgesetzt
[illegible] gebildet werden, die die
[illegible] estlegen werden. Diese
[illegible] den feindlichen Staaten
[illegible] Ergebnis der Arbeit der
Kommission für die Festsetzung über die Höhe der Schäden wird den feindlichen Staaten am 1. Mai 1921 oder vorher notifiziert werden. Dieser Betrag wird den Umfang ihrer Verpflichtungen darstellen. Die Kommission wird zu gleicher Zeit eine Tabelle aufstellen über die Bezahlung der ganzen Schuld innerhalb einer Frist von 30 Jahren, vom 1. Mai 1921 ab gerechnet. Im Falle, daß während dieser Zeit die feindlichen Staaten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, wird die verbleibende, noch zu bezahlende Summe nach den 30 Jahren in einer Weise bezahlt werden können, die die alliierten und assoziierten Regierungen bestimmen werden.

4. Die interalliierte Kommission wird periodisch die Hilfsquellen Deutschlands überprüfen. Nachdem sie seinen Vertretern eine gerechte Gelegenheit, angehört zu werden, gegeben haben wird, wird sie die Vollmacht besitzen, ihnen Frist zu gewähren, die Zahlungsform zu ändern. Sie wird jedoch in keinem Falle eine Herabsetzung der Höhe der Schuld gewähren können, ausgenommen mit der ausdrücklichen Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen.

5. Um den alliierten und assoziierten Regierungen zu ermöglichen, unverzüglich zum Wiederaufbau ihrer Industrie und zur Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens zu schreiten, wird Deutschland (entweder in Gold oder durch Rohstoffe, Schiffe oder Werte, die von der interalliierten Kommission bestimmt werden) im Jahre 1919 und 1920 5 Milliarden Dollar bezahlen. Die Ausgaben für die Besatzungsarmeen, unmittelbar vom Waffenstillstand ab gerechnet, werden vor allem bezahlt werden müssen.

6. Die zur Erfüllung genannter Forderungen bestimmten und nacheinander erfolgenden Bezahlungen sollen unter die alliierten und assoziierten Regierungen in einem Verhältnis verteilt werden, die für Deutschland im voraus oder auf Grund der allgemeinen Billigkeit und der Ansprüche jedes Einzelnen festgestellt werden.

7. Die oben erwähnte Bezahlung schließt die Rückerstattung in natura derjenigen Objekte nicht aus, die gestohlen, beschlagnahmt oder zerstört wurden. Sie umfaßt ebenfalls nicht die Rückerstattung in natura der Papiere und Gegenstände, die nach Deutschland weggeführt wurden und deren Identität hier bewiesen werden kann.

8. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die in den Artikeln 3, 4 und 5 ausgeführten Zurückerstattungen vorzunehmen.

9. Die deutsche Regierung anerkannt die Vollmacht der in Artikel 3 vorgesehenen Kommission und verpflichtet sich unwiderruflich, sich den Beschlüssen dieser Kommission zu unterwerfen. Die deutsche Regierung wird der besagten Kommission alle Informationen zustellen, die ihr mit Bezug auf die finanzielle Lage des deutschen Staates und der Gemeindeverwaltungen erforderlich sind.

Die deutsche Regierung wird den Mitgliedern dieser Kommission und ihren ermächtigten Agenten dieselben Rechte und dieselbe Immunität gewähren, die die in Deutschland akkredidierten Diplomaten und Agenten der befreundeten Mächte genießen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, für die Kosten und Ausgaben dieser Kommission und des Personals, das sie zu verwenden hat, aufzunehmen.

Die Ueberreichung der Friedensbedingungen

im Trianon-Palasthotel vollzog sich am Mittwoch ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte:

Die Stunde zur Regelung der durch den Gegner grausam aufgezwungenen Krieg entstandenen Abrechnung ist gekommen. Sie verlangen den Frieden. Wir sind bereit, Ihnen den Frieden zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht werden wird, enthält die Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, um sie zu prüfen. Wir werden aber dafür sorgen, daß auf diesen zweiten Versailler Frieden kein weiterer Krieg folgt.

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt des Friedens bekannt, auf den innerhalb 14 Tagen schriftliche Antwort erteilt werden soll. Sollte von Deutschland schon früher Antwort erfolgen, so werde auch die Entente schleunigst antworten, und binnen einer weiteren Frist die endgültige schriftliche Entscheidung Deutschlands zu erhalten.

Graf Brockdorff-Rantzau

verlas dann eine längere Erklärung in deutscher Sprache:

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauerhaften Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über

den Umfang unserer Niederlage

und den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegen tritt und wir haben die leidenschaftlichen Forderungen gehört. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen sollen. Ein

solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge.

Wir sind frei davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung bei den Haager Friedenskonferenz-Verhandlungen und Unterlassungen in den tragischen Julitagen möge zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unglück seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der

Thronfolger von Österreich den Mörderhänden zum Opfer fiel.

In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zur Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkriege ihre Krisis erreichte. Die

russische Mobilmachung

nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Vermittelung und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalten. Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wieder von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärungen, die wir bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgaben und sagen: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen. Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Ich will

nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern.

Aber wenn man

gerade von uns Buße verlangt,

so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Monate dauerte es bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschahen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zu Grunde gingen wurden

mit glatter Überlegenheit getötet,

nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur in einer unparteiischen Untersuchung festgestellt, in einer neutralen Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, in der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben

uns einen Bundesgenossen zugeführt:

Neueste Nachrichten.

Deutschlands Schicksalsstunde.

Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hatte heute vormittag 11 Uhr eine Sitzung, die heute nachmittag fortgesetzt wird und sich ausschließlich mit dem Friedensentwurf der Entente beschäftigen wird. Es sollen auch die Instruktionen beschlossen werden, welche Graf Brockdorff-Rantzau nach Versailles gesendet werden sollen. Die Stellungnahme zu dem Friedensentwurf soll heute nachmittag noch in einer Sitzung des Friedensausschusses bekannt gegeben werden. Ministerpräsident Scheidemann wird in einer großen Rede ausführlich den Standpunkt der Regierung und die Haltung, die die deutsche Delegation in Versailles einnehmen wird, begründen.

Das Mitglied des Redaktionsausschusses in Versailles, der Redakteur Paul Lothringer der „N. Berl. Ztg." hatte gestern abend noch Gelegenheit, Graf Brockdorff-Rantzau, Landsberg, Schücking und Giesberts zu sprechen.

Es äußerte sich Landsberg sehr deprimiert: „Die grausamsten Ankündigungen der Presse sind noch übertroffen. Von mündlichen Besprechungen ist jetzt keine Rede mehr. Nachdem wir unsere Einwendungen schriftlich abgegeben werden, wird schließlich nichts übrig bleiben, als „Ja" oder „Nein" zu sagen."

Professor Schücking: Frankreich besteht darauf, Deutschland zu erniedrigen. Der Entwurf ist einfach furchtbar.

Graf Brockdorff-Rantzau: Wie die Dinge jetzt liegen, kann noch kein Wort gesagt werden.

Giesberts: Die Bedingungen annehmen heißt, das deutsche Volk der Entente restlos auszuliefern. Es läuft auch nicht anders hinaus, die Regierung zum Sklavenhalter der deutschen Arbeiterschaft im Dienste des internationalen Kapitalismus zu machen. Dazu geben wir uns nicht her, dazu ist auch der deutsche Arbeiter nicht zu haben. In dieser Lage gibt es kaum einen Ausweg: Der Friedensschluß mit Rußland und die sinngemäße Anwendung der bolschewistischen Prinzipien für Deutschland. Die Erneuerung darf nicht von unten kommen, sondern von oben geschehen.

P. Lothringer schreibt hierzu noch: In ähnlichem Sinne äußern sich auch die übrigen Delegierten. Die Ansicht steht fest, daß der Vertrag nicht angenommen werden kann. Dennoch sei es richtig, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern nach der vorgeschriebenen Pflicht schon aus prinzipiellen Gründen die einzelnen Bedingungen vom deutschen Gesichtspunkt aus genau zu beantworten und auf diese Weise der Welt zu zeigen, daß wir ehrlich bemüht sind, einen annehmbaren Frieden zu unterzeichnen.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

Paris, 8. Mai. (Priv.-Telegr.) Der Dreierrat beschloß, über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Togo und Kamerun werden Frankreich und Großbritannien, Ostafrika Großbritannien, Südwestafrika der Südafrikanischen Union, die deutschen Südsee-Inseln Neuseeland, die Inseln im Stillen Ozean südlich des Äquators, mit Ausnahme von Maaru, Australien und die Inseln nördlich des Äquators Japan erhalten.

Die Gebietsabtretungen im Osten.

Berlin, 8. Mai. Die in dem Entente-Entwurf vorgesehene östliche Grenzlinie läßt im allgemeinen die Kreise Schlochau-Deutsch-Krone-Filene-Schwerin-Meseritz bei Deutschland. Durchschnitten werden die Kreise Bomst-Fraustadt-Guhrau-Militsch, die Kreise Groß-Wartenberg und Natzlau bleiben deutsch, dagegen würden die Kreise Kreuzburg, Oppeln, ein Teil des Kreises Neustadt und der ganze östliche und südöstliche davon gelegene Teil Ober-Schlesiens polnisch.

Zur Freilassung der Internierten in der Schweiz.

Bern, 8. Mai. Nach dem „Journal de Geneve" ist der Bundesrat erneut bei den Entente-Regierungen wegen Entlassung der deutschen Internierten in der Schweiz vorstellig geworden. Die Bemühungen des Bundesrats haben bisher noch keinerlei Erfolg gehabt, doch steht nach der genannten Zeitung zu erwarten, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages auch die deutschen Internierten in der Schweiz nach Deutschland zurückkehren können.

Schließung der Berliner Börse.

Berlin, 8. Mai. (Priv.-Telegr.) Der Vorstand der Berliner Börse hat beschlossen, die Börse auf drei Tage zu schließen, da infolge der drückenden Friedensbedingungen schwere Erschütterungen befürchtet werden.

Auslieferung Wilhelms II.

Haag, 8. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie schon mitgeteilt, wird Kaiser Wilhelm vor ein besonderes Gericht gestellt werden, wo die Feststellung seiner Vergehen gegen die internationale Moralität usw. erfolgen soll. Von der holländischen Regierung soll die Auslieferung Wilhelm II. verlangt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190509-18/fragment/page=0007
DFG